

Die auswärtige Gewalt  
der  
Europäischen Atomgemeinschaft

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des  
Doktorgrades der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der  
Johann Wolfgang Goethe-Universität  
in Frankfurt am Main

vorgelegt von  
Konrad Neundörfer  
Assessor  
aus Lorsch/Hessen

1962



Die auswärtige Gewalt  
der  
Europäischen Atomgemeinschaft

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des  
Doktorgrades der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der  
Johann Wolfgang Goethe-Universität  
in Frankfurt am Main

vorgelegt von  
Konrad Neundörfer  
Assessor  
aus Lorsch/Hessen  
1962



Erstgutachter: Professor Dr. Schlochauer

Zweitgutachter: Professor Dr. Jaenicke

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Februar 1961

Meinen lieben Eltern



# Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                                                                                                                                     | Seite |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| A Einleitung . . . . .                                                                                                                                                                                              | 13    |
| I. Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie . . . . .                                                                                                                       | 13    |
| II. Begriff, Wesen und Erscheinungsformen der auswärtigen Gewalt im nationalen und supranationalen Bereich . . . . .                                                                                                | 16    |
| B Hauptteil . . . . .                                                                                                                                                                                               | 21    |
| I. Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Atomgemeinschaft . . . .                                                                                                                                          | 21    |
| II. Die formelle auswärtige Gewalt der Europäischen Atomgemeinschaft . . . 25                                                                                                                                       | 25    |
| 1. Die Befugnis der Gemeinschaft zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge . 25                                                                                                                                       | 25    |
| a) Inhalt und Umfang der Vertragsschließungsbefugnis der Gemeinschaft                                                                                                                                               | 25    |
| b) Die Grenzen der Vertragsschließungsbefugnis der Gemeinschaft . . . 30                                                                                                                                            | 30    |
| 2. Die Befugnis der Gemeinschaft zur Ausübung der übrigen Funktionen der formellen auswärtigen Gewalt . . . . .                                                                                                     | 31    |
| 3. Das völkerrechtliche Repräsentationsorgan der Gemeinschaft . . . . .                                                                                                                                             | 34    |
| III. Die materielle auswärtige Gewalt der Europäischen Atomgemeinschaft . . 37                                                                                                                                      | 37    |
| 1. Die Mitwirkung der einzelnen Organe bei der Willensbildung hinsichtlich der eigenen auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft . . . . .                                                                           | 37    |
| 2. Die Befugnisse der Gemeinschaft zur Mitwirkung bei Ausübung auswärtiger Gewalt der Mitgliedstaaten . . . . .                                                                                                     | 41    |
| a) Verträge zwischen Mitgliedstaaten und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen, die vor Inkrafttreten des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft abgeschlossen worden sind . . . . . | 41    |
| b) Verträge zwischen Mitgliedstaaten und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen, die nach Inkrafttreten des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft abgeschlossen werden               | 45    |
| c) Verträge zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und einem oder mehreren Mitgliedstaaten auf der einen und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen auf der anderen Seite . . . . .                | 47    |
| d) Der Beitritt dritter Staaten zur Europäischen Atomgemeinschaft . . . 47                                                                                                                                          | 47    |
| e) Sonstige Befugnisse der Gemeinschaft zur Mitwirkung bei der Ausübung auswärtiger Gewalt der Mitgliedstaaten . . . . .                                                                                            | 49    |

|                                                                                                                                                                                   | Seite |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| IV. Die auswärtige Gewalt auf den einzelnen im Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft geregelten Sachgebieten . . . . .                                           | 49    |
| 1. Förderung der Forschung und Verbreitung der Kenntnisse (Kapitel I und II des Vertrags) . . . . .                                                                               | 49    |
| 2. Strahlenschutz und Überwachung der Sicherheit (Kapitel III und VII des Vertrags) . . . . .                                                                                     | 50    |
| 3. Investitionen und gemeinsame Unternehmen (Kapitel IV und V des Vertrags) . . . . .                                                                                             | 53    |
| 4. Der gemeinsame Markt auf dem Gebiete der Kernkraft (Kapitel IX des Vertrags) . . . . .                                                                                         | 53    |
| 5. Die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und spaltbaren Materialien und die Regelung der Eigentumsverhältnisse an diesen Stoffen (Kapitel VI und VIII des Vertrags) . . . . . | 54    |
| C Ergebnisse . . . . .                                                                                                                                                            | 57    |

# Literaturverzeichnis

- Armand: „Some aspects of the european energy problem“, Paris, „Organization for European economic corporation“, Juni 1955.
- Ballreich: „Die Europäische Atomgemeinschaft“ in „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“, Band 19, 1958, Seite 24 ff.
- Berié/Miller: „Gemeinsamer Markt und Euratom, Vertragswerk vom 25. März 1957 mit Kommentar“, Herne/Berlin 1957.
- Bernhardt: „Der Abschluß völkerrechtlicher Verträge im Bundesstaat“, in „Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht“, Heft 32, 1957, Seite 1 ff. (zitiert: Bernhardt, „Der Abschluß . . .“).
- Bernhardt: „Völkerrechtliche Bindungen in den Vorstadien des Vertragsschlusses“ in „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“, Band 18, Juni 1958, Seite 652 ff. (zitiert: Bernhardt, „Völkerrechtliche Bindungen . . .“).
- Bindschedler: „Rechtsfragen der Europäischen Einigung“, Basel 1954.
- Carstens: „Das Recht des Europarates“, Berlin 1956.
- Dennewitz + (redaktionelle Bearbeitung), Abraham, Bühler, Herrfahrdt, Holtkotten, Kern, Laun, Meder, Meißner, Menzel, Schneider, Scupin, Wernicke
- Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Hamburg 1950 (zitiert: „Bonner Kommentar“).
- Erlcr: „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie“ in Erlcr/Kruse „Deutsches Atomenergierccht“, Loseblattsammlung, Göttingen, A 30, Bl. 1 ff.
- Fischer: „L'Energie Atomique Et Les Etats Unis“, Paris 1957.
- Gaedke: „Das Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, München 1954.
- Grewe: „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik“ in „Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer“, Heft 12, 1954, Seite 129 ff.

- Guggenheim: „Lehrbuch des Völkerrechts“, Band 1, Basel 1948.
- Hahn: „Euratom: The conception of an international personality“ in „Harvard Law Review“, Vol. 71, Nr. 6, April 1958 (zitiert: Hahn, „Euratom . . .“).
- Hahn: „Internationale Kontrollen“ in „Archiv des Völkerrechts“, Band 7, 1958, Seite 88 ff.
- Hahn: „Control under the Euratom Compact“ in „The American Journal of Comparative Law“, Vol. 7, 1958, Seite 23 ff.
- Hallier: „Die Vertragsschließungsbefugnis der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“, Band 17, 1957, Seite 428 ff.
- Von der Heydte: „Rechtssubjekte und Rechtspersonen im Völkerrecht“ in „Grundprobleme des Internationalen Rechts“, Festschrift für Jean Spiropoulos, Bonn 1957, Seite 237 ff.
- Huber: „Die universale Ordnung der friedlichen Verwendung der Atomenergie“, in „Europa-Archiv“, 1957, Seite 10083 ff.
- Jaenicke: „Die Sicherung des übernationalen Charakters der Organe internationaler Organisationen“ in „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“, Band 14, 1951/52, S. 46 ff. (zitiert: Jaenicke, „Die Sicherung . . .“).
- Jaenicke: „Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“, Band 14, 1951/52, Seite 727 ff. (zitiert: Jaenicke, „Die Europäische Gemeinschaft . . .“).
- Jerusalem: „Das Recht der Montanunion“, Berlin u. Frankfurt 1954.
- von Mangoldt/Klein: „Das Bonner Grundgesetz“. Erläutert von Hermann von Mangoldt, 2. neubearbeitete Auflage von Friedrich Klein, Band 1, Berlin/Frankfurt/M. 1957.
- Menzel: „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik in der Deutung des Bundesverfassungsgerichts“, in „Archiv des öffentlichen Rechts“, Band 79, 1953/54, Seite 326 ff.
- Menzel: „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik“ in „Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer“, Heft 12, 1954, Seite 179 ff.
- Mosler: „Die völkerrechtliche Wirkung bundesstaatlicher Verfassungen“ in „Festschrift für Thoma“, 1950, Seite 129 ff. (zitiert: Mosler, „Die völkerrechtliche Wirkung . . .“).

- Mosler: „Die auswärtige Gewalt im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ in „Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht“, Heft 29, 1954, S. 243 ff. (zitiert: Mosler, „Die auswärtige Gewalt . . .“).
- Mosler: „Die Aufnahme in internationale Organisationen“ in „Grundprobleme des Internationalen Rechts“, Festschrift für Jean Spiropoulos, Bonn 1957, Seite 275 ff. (zitiert: Mosler: „Die Aufnahme . . .“).
- Münch: „Internationale Organisationen mit Hoheitsrechten“ in „Rechtsfragen der Internationalen Organisation“, Festschrift für Wehberg, Frankfurt/M. 1956, Seite 301 ff.
- Oppenheim: „International Law“, London/New York/Toronto, 1955.
- Riphagen: „De juridische Structuur der Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal“, Leiden 1955.
- Schlochauer: „Der Rechtsschutz gegenüber der Tätigkeit internationaler und übernationaler Behörden“, Frankfurt/M. 1952 (Schriften des Institutes für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht, Band 1).
- Schlochauer: „Die Gerichtsbarkeit der Europäischen Gemeinschaft, für Kohle und Stahl“, „Archiv des Völkerrechts“, Band 3, 1951/52, Seite 385 ff.
- Schlochauer: „Zur Frage der Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in „Rechtsfragen der Internationalen Organisation“, Festschrift für Wehberg, Frankfurt/M. 1956, Seite 301 ff. (zitiert: Schlochauer, „Zur Frage der Rechtsnatur . . .“).
- Schlochauer: „Öffentliches Recht, Grundzüge des Bundesstaatsrechts und des allgemeinen Verwaltungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Verbindung zum Völkerrecht“, Karlsruhe 1957 (zitiert: Schlochauer, „Öffentliches Recht . . .“).
- Schücking/Wehberg: „Die Satzung des Völkerbundes“, 2. Auflage 1929.
- Seidel/Hohenveldern: „Rechtsbeziehungen zwischen Internationalen Organisationen und den einzelnen Staaten“, in „Archiv des Völkerrechts“, Band 4, 1953/54, Seite 30 ff.
- Steindorff: „Europäischer Markt und Euratom“, Bericht in „Archiv des Völkerrechts“, Band 6, 1956/57, Seite 174 ff.

- Stüben: „Die Grenze der parlamentarischen Kontrolle beim Abschluß von Verträgen der Bundesrepublik mit dem Ausland. Ein Beitrag zur Lehre der auswärtigen Gewalt“, Göttingen 1957.
- Verdroß: „Völkerrecht“, 3. Auflage, Wien 1955.
- Wengler: „Die völkerrechtliche Stellung der Montanunion gegenüber dritten Staaten und Staatenverbänden“, in „Actes Officiels Du Congrès Européenne Du Charbon Et De L'Acier, Milan-Stresa, 31. Mai — 9. Juni 1957“, Band 3, 1958, Seite 1 ff. (zitiert: Wengler, „Die völkerrechtliche Stellung der Montanunion . . .“).
- Wengler: „Der Begriff des Völkerrechtssubjektes im Lichte der politischen Gegenwart“, in „Friedenswarte“, Band 51, 1951/53, Seite 113 ff.
- Wolgast: „Die auswärtige Gewalt des Deutschen Reiches unter besonderer Berücksichtigung des Auswärtigen Amtes“ in „Archiv des öffentlichen Rechts“, Band 44, Neue Folge Band 1, 1923, Seite 1 ff.
- Zemanek: „Das Vertragsrecht der Internationalen Organisationen“, Wien 1957.

# Materialien

„Compte Rendu des  
séances tenues au Palais  
des Congrès de Stresa le  
lundi 3 Juin 1957“

in „Actes Officiels du Congrès International D'Etudes Sur  
La Communauté Européenne Du Charbon Et De L'Acier,  
Milan-Stresa, 31. Mai — 9. Juni 1957“, Band 3, 1958,  
Seite 318 ff. (zitiert: „Compte Rendu . . .“).

Deutscher Bundestag,  
2. Wahlperiode, 1953,  
Drucksache 3440, Anlage C

„Erläuterungen zu den Verträgen zur Gründung der Euro-  
päischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen  
Atomgemeinschaft“, abgedruckt in „Erler/Kruse“, „Deut-  
sches Atomenergierecht“, Loseblattsammlung, Göttingen,  
Teil A — C unter y 20, Bl. 1 ff.,  
Teil F — G unter y 21, Bl. 1 ff.,  
(zitiert: „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“).

Europäische Atomgemein-  
schaft Euratom  
Die Kommission

„Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft  
(Januar 1958 — September 1958)“, herausgegeben von  
der Abteilung Veröffentlichungen der Europäischen Ge-  
meinschaften 2076/1/58/6 (zitiert: „Erster Gesamt-  
bericht . . .“).

Europäische Atomgemein-  
schaft Euratom  
Die Kommission

„Abkommen über Zusammenarbeit zwischen DER EURO-  
PÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT (Euratom.) und  
DER REGIERUNG DER VEREINIGTEN STAATEN  
VON AMERIKA mit Anlagen und Arbeitsdokumenten“,  
8. November 1958 (zitiert: „Abkommen über Zusammen-  
arbeit mit Anlagen und Arbeitsdokumenten“).

Regierungsausschuß ein-  
gesetzt von der Konferenz  
von Messina

„Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister“,  
Brüssel, den 21. April 1956, Sekretariat, MAE 120 d/56.



## A. Einleitung

### I. Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie

Als die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) im Jahre 1957 gegründet wurde, gab es schon eine Reihe bilateraler Verträge und zwischenstaatlicher Einrichtungen, deren Ziel es war, eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernkraft zu ermöglichen oder sie zu vertiefen. Diese bereits bestehenden Beziehungen hat die Gemeinschaft bei ihrer auswärtigen, also über den Bereich der sechs Mitgliedstaaten hinausgreifenden Betätigung zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite werden aber auch die Staaten und Internationalen Organisationen, die sich schon mit der Auswertung der neuen Energiequelle befassen, bei der Gestaltung ihrer die Kernenergie betreffenden auswärtigen Beziehungen der Existenz der Gemeinschaft als einer Vereinigung von hochentwickelten Industriestaaten Rechnung tragen müssen. Es erscheint daher zweckmäßig, zu Beginn der Darstellung der auswärtigen Gewalt der EAG einen kurzen Überblick über die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie in der Zeit vor der Gründung der Gemeinschaft zu geben sowie die Bedeutung zu untersuchen, die der Gründung der EAG im Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Welt zukommt.

Die internationale Zusammenarbeit bei der Erschließung der Atomkraft als einer neuen Energiequelle wurde während des zweiten Weltkrieges zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Kanada aufgenommen und diente ausschließlich militärischen Zwecken.<sup>1)</sup> In der Nachkriegszeit unternommene Versuche, die in den einzelnen Ländern zur Entwicklung der Kernenergie geleistete Arbeit im Rahmen der Vereinten Nationen zu koordinieren, scheiterten zunächst an den Gegensätzen der Großmächte. Erst im Jahr 1956 gelang es, unter Beteiligung von 76 Staaten eine Internationale Atomenergiebehörde zu gründen, die den Gebrauch der Atomenergie für friedliche Ziele in allen Ländern der Erde fördern und unterstützen soll und zu diesem Zwecke über einen eigenen Vorrat an Kernbrennstoffen verfügt.<sup>2)</sup>

Inzwischen hatte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit einer großen Zahl von Ländern der westlichen Welt Abkommen über den Austausch von kernenergiewissenschaftlichen und -technischen Informationen sowie über die Lieferung von Kernbrennstoffen abgeschlossen, die in den meisten Fällen fast wörtlich übereinstimmten, während nur einige Verträge den beteiligten Staaten Sondervorrechte einräumten.<sup>3)</sup> Ein ähnliches System bilateraler Abkommen errichtete auch die Sowjetunion innerhalb ihres Einflussesbereiches.

Daneben kam es vor vor allem in dem außerhalb des Ostblocks gelegenen Teil von Europa zur Gründung mehrerer Organisationen, mit Hilfe derer eine Reihe von Problemen, die sich in den einzelnen Ländern beim Aufbau einer eigenen Kernindustrie stellten, gemeinsam gelöst werden sollten. So wurden im Jahre 1953 die „Europäische Organisation für Kernphysikalische Forschung“ (Cern) und im Jahre 1954 die „Europäische Atomenergie-Gesellschaft“ (European Atomic Energy Society) ins Leben gerufen.<sup>4)</sup> Beide Organisationen verfolgen ausschließlich wissenschaftliche Ziele. Ferner

<sup>1)</sup> Eine ausführliche Darstellung dieser Zusammenarbeit findet man bei Erler, Bl. 3 und 3 R.

<sup>2)</sup> Siehe hierzu Erler, Bl. 5 u. 5 R u. Huber, Bl. 10094 bis 10100. Deutsche Übersetzung der Satzung der Internationalen Atomenergiebehörde vom 26. 10. 1956: Europa-Archiv 1957, II. S. 10105 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Ballreich, S. 28 — 29 u. Erler, Bl. 7.

<sup>4)</sup> Vgl. Erler, Bl. 9 — 9 R und Ballreich, S. 30.

wurden im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) im Jahre 1957 die „Europäische Kernenergie-Agentur“ gegründet, deren Aufgabe es ist, die in den einzelnen Ländern aufzustellenden wissenschaftlichen und technischen Programme für die Erforschung und industrielle Auswertung der Kernenergie aufeinander abzustimmen, die Errichtung gemeinsamer Unternehmen zu ermöglichen sowie die Versorgung der Mitgliedstaaten mit Kernbrennstoffen zu sichern; sie soll außerdem die Schaffung eines wirksamen Sicherheitskontrollsystems in die Wege leiten. Wie die OEEC selbst, so übt auch die Kernenergie-Agentur keinerlei Hoheitsrechte aus, sondern wird auf der Grundlage freiwilliger Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten tätig.<sup>1)</sup>

Schließlich führten die europäischen Integrationsbestrebungen, die durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) eine bedeutsame Grundlage erhalten hatten, zu einer Initiative auch auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie. Nachdem der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu gründen, im August 1954 an der ablehnenden Haltung der französischen Nationalversammlung gescheitert war, mehrten sich bald die Stimmen, die nach einer Fortsetzung des europäischen Einigungswerkes auf anderen Gebieten riefen. In Ausführung des Beschlusses einer vom 1. bis 3. Juni 1956 in Messina abgehaltenen Außenministerkonferenz der sechs Mitgliedstaaten der EGKS trat in Brüssel ein Ausschuß von Regierungssachverständigen unter dem Vorsitz des damaligen belgischen Außenministers Spaak zusammen, um die Grundlage für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und für eine gemeinsame Auswertung der Kernenergie zu erarbeiten.<sup>2)</sup> Die Ergebnisse der Untersuchungen dieses Ausschusses wurden in einem Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister vom 21. April 1956 niedergelegt. Er enthielt konkrete Vorschläge zur Gründung von zwei weiteren supranationalen Organisationen, einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und einer Europäischen Atomgemeinschaft. Aufgabe der letzteren sollte es sein, die wissenschaftliche und technische Entwicklung der friedlichen Verwendung der Kernenergie und ihre industrielle Auswertung in den sechs Mitgliedstaaten zu fördern. Dieser Bericht wurde von den Außenministern bei ihrer Zusammenkunft in Venedig Ende Mai 1956 angenommen. Eine Regierungskonferenz arbeitete sodann in Brüssel vom 26. Juni 1956 bis Mitte März 1957 das endgültige Vertragswerk aus.<sup>3)</sup> Es wurde am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet und in der Folgezeit von den sechs beteiligten Staaten ratifiziert, so daß es am 1. Januar 1958 in Kraft treten konnte.

Die Gründung der EAG als einer supranationalen Organisation zur gemeinsamen Entwicklung und Verwertung der Kernenergie für friedliche Zwecke ist auch für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die über den Kreis der sechs Mitgliedstaaten hinausreichen, in verschiedener Hinsicht von Bedeutung: Sie muß zunächst vor dem Hintergrund der energiewirtschaftlichen Situation Europa gesehen werden. Die westeuropäischen Staaten, die in den Dreißigerjahren dieses Jahrhunderts noch einen Überschuß an Energie erzeugten, kommen schon heute mit ihren eigenen Energiequellen bei weitem nicht mehr aus.<sup>4)</sup> Die vorübergehenden Absatzschwierigkeiten des westeuropäischen Kohlebergbaus dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß zum Beispiel die deutsche Kohle

1) Hierzu Ballreich, S. 31—32. Der Text der Satzung der Agentur ist abgedruckt in European Yearbook, vol. 5, 1959, S. 272 ff.

2) Hierzu Erler, Bl. 10 R.

3) Vgl. die „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, 7 20 Bl. 2.

4) Hierzu und zum folgenden Ballreich, S. 24.

in den bis jetzt bekannten Vorkommen in etwa 70 Jahren abgebaut sein wird. Auch die Vorräte an Mineralöl, der zweite klassischen Energiequelle, die überwiegend in außer-europäischen Ländern vorkommt, werden in absehbarer Zeit zu Ende gehen, zumal der Energieverbrauch auf der ganzen Erde ständig steigt und sich in den hochentwickelten Industriestaaten jeweils in zehn Jahren verdoppelt. Es besteht die Gefahr, daß Europa in eine wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Ländern mit größeren Vorräten an Energiequellen hineingerät. Die Verwertung der neuen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Kernenergie ist daher für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Die damit zusammenhängenden Probleme wissenschaftlicher, technischer und nicht zuletzt finanzieller Art können von den europäischen Einzelstaaten allein nicht mehr bewältigt werden. Es kommt hinzu, daß sich diese gegenüber den beiden Weltmächten bereits in einem beträchtlichen Rückstand befinden. Neben den energiewirtschaftlichen Notwendigkeiten haben auch politische Aspekte bei der Gründung der EAG eine Rolle gespielt. Der EAG-Vertrag<sup>1)</sup> will durch die Vereinigung der in den sechs beteiligten Ländern vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und industriellen Kapazität die Entwicklung und praktische Auswertung der Atomenergie beschleunigen und damit zugleich das politische Gewicht der Mitgliedstaaten, die in diesem Bereich als eine Einheit auftreten, im internationalen Kräftespiel stärken. Dabei wollen sich die EAG-Staaten auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernkraft aber nicht in eine selbstgewählte Isolierung zurückziehen. Die neugeschaffene Gemeinschaft wird vielmehr ohne eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern und zwischenstaatlichen Einrichtungen, die bereits über gewisse Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügen, die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen können.<sup>2)</sup> Schon bei oberflächlicher Durchsicht des EAG-Vertrags fällt auf, welche Bedeutung der Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit dritten Ländern und Internationalen Organisationen beigemessen wird; bereits in Artikel 1, der die Ziele der EAG umschreibt, wird als eines dieser Ziele die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Ländern aufgeführt. Diese Tatsache werden die Organe der Gemeinschaft auf allen ihnen zur Bearbeitung zugewiesenen Sachgebieten zu berücksichtigen haben. Die EAG steht auch jedem anderen europäischen Staat zum Beitritt offen.<sup>3)</sup> Für diejenigen Staaten, die sich zur Beteiligung an einer supranationalen Organisation nicht entschließen können oder wollen, sind andere Möglichkeiten enger Zusammenarbeit vorgesehen.<sup>4)</sup> Mit der Gründung der EAG liefern die sechs Mitgliedstaaten somit einen wertvollen Beitrag für den weiteren Ausbau der internationalen Beziehungen auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Kernenergie. Auf der anderen Seite erscheint aber bei der verhältnismäßig großen Zahl von Organisationen, die insbesondere im europäischen Raum die gleichen oder ähnlichen Ziele — wenn auch mit anderen Mitteln — verfolgen, die Gefahr von Kompetenzüberschneidungen nicht ausgeschlossen. Es wird daher Aufgabe aller Organe der Gemeinschaft sein, die Tätigkeit der EAG gegenüber der Tätigkeit anderer mit der gleichen Materie befaßter Organisationen sinnvoll abzugrenzen.

Nicht zuletzt aber muß die Gründung der EAG als ein weiteres Teilstück der europäischen Einigung gesehen werden. Die dargelegten wirtschaftlichen und politischen

1) Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

2) Vgl. hierzu die „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, 7 20 Blatt 2 R und 3.

3) Art. 205 (Artikel ohne nähere Bezeichnung sind im folgenden solche des EAG-Vertrags).

4) Art. 206.

Erwägungen allein hätten nicht ausgereicht, um die Mitgliedstaaten zur Schaffung einer Organisation mit derartig weitreichenden Hoheitsbefugnissen, wie sie der EAG-Vertrag der Gemeinschaft einräumt, zu veranlassen. Ausschlaggebend war vielmehr der Wille der beteiligten Parlamente und Regierungen, das begonnene Werk der europäischen Einigung fortzusetzen. Die EAG ist daher ebensowenig wie ihre Schwesterorganisation, die EWG, Selbstzweck, sondern stellt einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Integration Europas dar. Diese Tatsache darf bei der Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen nicht außer Acht gelassen werden.

## II. Begriff, Wesen und Erscheinungsformen der auswärtigen Gewalt im nationalen und supranationalen Bereich

Der Begriff der auswärtigen Gewalt<sup>1)</sup> ist in erster Linie ein Begriff des allgemeinen Staatsrechtes. Die Bezeichnung „Gewalt“ legt daher die Annahme nahe, es handele sich bei ihr um eine staatliche Funktion im Sinne der Gewaltenteilungslehre, d. h. um eine Funktion, die einer besonderen Gruppe von staatlichen Organen zur Ausübung übertragen ist. Ein Blick auf die Geschichte der Lehre von der Gewaltenteilung zeigt jedoch, daß sich die auswärtige Gewalt nie völlig in das Gewaltenteilungsschema hat einfügen lassen. Während im innerstaatlichen Bereich mit Hilfe des materiellen Gesetzesbegriffs und der Gegenüberstellung von gesetzesschaffender und gesetzesausführender Tätigkeit deutlich voneinander abgegrenzte Staatsfunktionen unterschieden werden konnten, versagten diese Unterscheidungsmerkmale auf dem Gebiete der über die eigenen Grenzen hinausreichenden Staatstätigkeit. Bereits John Lock sah sich deshalb veranlaßt, der gesetzgebenden „der ausführenden und der rechtsprechenden Gewalt die auswärtige Gewalt — er nennt sie federative power — als selbständige Staatsfunktion gegenüberzustellen.“<sup>2)</sup> In der Folgezeit hat man zwar wiederholt versucht, die auswärtige Gewalt in das rein innerstaatlich ausgerichtete Dreigewalten-System einzufügen, indem man sie der Exekutive als derjenigen Gewalt zuwies, welche alle staatlichen Tätigkeitsformen umfaßt, die nicht Gesetzgebung oder Rechtsprechung sind. Dennoch setzte sich die Erkenntnis, daß die auswärtige Gewalt eine Sonderstellung einnimmt, immer wieder durch. Allerdings trat dieser Fragenkomplex gegenüber den innerstaatlichen Aspekten der Gewaltenteilung, in denen sich die Machtkämpfe zwischen Monarch und Regierung einerseits, Volk und Parlament andererseits widerspiegelten, in den Hintergrund. Man begnügte sich damit, die Notwendigkeit einer einheitlichen Vertretung des Staates nach außen durch das Staatsoberhaupt anzuerkennen. Der ständige Machtzuwachs der Volksvertretungen hatte zur Folge, daß sie sich in steigendem Maße an der innerstaatlichen Willensbildung in bezug auf auswärtige Angelegenheiten beteiligten; dies geschah vor allem in der Form der Zustimmung zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge.

Auch die heute geltenden Verfassungen der Länder mit parlamentarischer Regierungsform stehen auf dem Boden der klassischen Dreiteilung der Gewalten. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland kommt dies unter anderem darin zum Ausdruck, daß es zwar in gesonderten Abschnitten zusammengefaßte Regelungen der Gesetzgebung,

1) Vgl. zum folgenden Grewe, S. 129 ff., Menzel, „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik“, S. 179 ff., Mosler, „Die auswärtige Gewalt . . .“, S. 246 bis 296 und „Die völkerrechtliche Wirkung . . .“, S. 149, Fußnote 3 sowie Schlochauer, „Öffentliches Recht . . .“, S. 103 ff. und Stüben, S. 1 bis 34.

2) Hierzu Stüben, S. 2.

Rechtsprechung und Verwaltung aufweist, diejenigen Fragen dagegen, welche die auswärtige Gewalt betreffen, lediglich in einzelnen Bestimmungen ohne äußeren Zusammenhang behandelt.<sup>1)</sup> Dies findet seinen Grund darin, daß es sich bei der auswärtigen Gewalt nicht um eine staatliche Funktion, die einer besonderen Gruppe von Staatsorganen zur Ausübung übertragen ist, sondern um die Durchführung von Aufgaben handelt, für die weder ein einzelnes Staatsorgan — etwa das Staatsoberhaupt oder die Regierung — noch eine bestimmte Gruppe von Staatsorganen — etwa die Verwaltung — allein zuständig sind; in dem Verfassungsleben von Staaten mit parlamentarischer Regierungsform wirken vielmehr neben den genannten Organen auch die Parlamente, insbesondere durch die Zustimmung zum Abschluß von Verträgen, mit. Selbst die Verfassungsgerichtshöfe können durch ihre Rechtsprechung in Verfassungsstreitigkeiten einen indirekten Einfluß auf die auswärtige Gewalt ausüben. Von den übrigen Aufgaben des Staates unterscheidet sich die Ausübung seiner auswärtigen Gewalt dadurch, daß sie als einzige seine Grenzen überschreitet und völkerrechtliche Wirkungen entfaltet. Obwohl Gegenstand der auswärtigen Angelegenheiten die „Rechtsbeziehungen eines Staates als unteilbarer Gesamtperson mit anderen Völkerrechtsträgern auf der Basis der Völkerrechtsordnung“<sup>2)</sup> sind, gehört aber der Begriff der auswärtigen Gewalt dem innerstaatlichen Recht an. Das Völkerrecht verweist für die Beantwortung der Frage, welche Organe eines Staates in der Lage sind, für den Staat völkerrechtswirksam zu handeln, auf das innerstaatliche Recht.

Wie bei den drei klassischen Gewalten: Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, kann auch bei den auswärtigen Angelegenheiten zwischen formeller und materieller auswärtiger Gewalt unterschieden werden. Diese Unterscheidung hat aber einen anderen Sinn als bei jenen.<sup>3)</sup> Dort bedeutet Gewalt materiell die Art der staatlichen Funktion, d. h. ihr Verhältnis und ihre Wirksamkeit gegenüber anderen Äußerungen der Staatsgewalt, formell ihre Ausübung durch eine bestimmte organisatorisch zusammengefaßte Gruppe von Staatsorganen. Die Berechtigung zur Unterscheidung zwischen formell und materiell bei der auswärtigen Gewalt dagegen ergibt sich aus deren Hineinwirken in den völkerrechtlichen Raum. Hier muß die Vertretung des Staates nach außen, also im Verkehr mit anderen Staaten und nichtstaatlichen Völkerrechtssubjekten, der innerstaatlichen Willensbildung, die den einzelnen Vertretungshandlungen vorausgeht, gegenübergestellt werden. Formell übt dasjenige Staatsorgan die auswärtige Gewalt aus, das nach der Verfassung berufen ist, für den Staat völkerrechtswirksam zu handeln. Materiell wirken alle diejenigen staatlichen Organe bei der Ausübung der auswärtigen Gewalt mit, die an der innerstaatlichen Vorbereitung der völkerrechtswirksamen Handlungen eines Staates teilnehmen; Ausübung materieller auswärtiger Gewalt ist somit die gesamte staatliche Betätigung, die auf die Erledigung auswärtiger Angelegenheiten gerichtet ist, ohne allerdings schon völkerrechtliche Wirkungen zu entfalten. Daraus folgt, daß die formelle auswärtige Gewalt über die Grenzen des Staates hinausreicht, während die materielle auswärtige Gewalt innerstaatliche Tätigkeit bleibt.

Die formelle auswärtige Gewalt besteht in der Repräsentation eines Staates gegenüber anderen Völkerrechtssubjekten und ermöglicht erst die Unterhaltung völkerrechtlicher

1) Vgl. Menzel „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik Deutschland“, S. 186.

2) So Mosler „Die auswärtige Gewalt . . .“, S. 253. Vgl. auch Schlochauer „Öffentliches Recht . . .“, Seite 105.

3) Hierzu Mosler aaO, S. 250 bis 251.

Beziehungen.<sup>2)</sup> Ein bedeutendes Instrument des zwischenstaatlichen Verkehrs ist der Abschluß völkerrechtlicher Verträge. Diese wichtige Funktion der formellen auswärtigen Gewalt wird von dem Staatsoberhaupt als dem Repräsentationsorgan des Staates durch die Vollmachterteilung an die Personen, die den Vertrag aushandeln und unterzeichnen, sowie durch die Erklärung der Ratifikation ausgeübt. Daneben gibt es aber noch eine Reihe anderer, ebenfalls völkerrechtswirksamer Handlungen eines Staates, die sich von der Ausübung der Vertragsschließungsbefugnis dadurch unterscheiden, daß es sich bei ihnen nicht um ein korrespondierendes Zusammenwirken zweier oder mehrerer Völkerrechtssubjekte, sondern um einseitige Akte eines einzigen Völkerrechtssubjektes handelt. Hierzu gehören vor allem die Entsendung und der Empfang diplomatischer Vertreter. Diese bedürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Beglaubigung des Staatsoberhauptes ihres Landes. Unter Beglaubigung hat man die feierliche Erklärung eines Staatsoberhauptes zu verstehen, „daß die in dem Beglaubigungsschreiben benannte Persönlichkeit befugt ist, die öffentliche Gewalt des Absendestaates beim Empfangsstaat zu verkörpern und die entsprechenden Handlungen vorzunehmen.“<sup>3)</sup> Zu den Funktionen der formellen auswärtigen Gewalt gehören außerdem eine Anzahl weiterer einseitiger Akte, die völkerrechtliche Wirkungen entfalten, wie die Anerkennung eines Staates oder einer Internationaler Organisation als Völkerrechtssubjekt, das als Protest bezeichnete Bestreiten der Völkerrechtsmäßigkeit eines Zustandes und die Bestellung der Vertretung eines Staates vor internationalen Gerichten oder Schiedsgerichten.<sup>4)</sup> Diese genannten Funktionen stehen grundsätzlich dem Staatsoberhaupt zu.

Der Schwerpunkt der materiellen auswärtigen Gewalt dagegen liegt in den Staaten mit parlamentarischer Regierungsform bei der Exekutive und hier in erster Linie bei der Regierung.<sup>5)</sup> Für die Zuständigkeit der Exekutive spricht eine allgemeine Vermutung.<sup>6)</sup> Der Regierung obliegt vor allem die Organisation des auswärtigen Dienstes, insbesondere die Errichtung und Unterhaltung diplomatischer und konsularischer Vertretungen. Sie bereitet außerdem den Abschluß von Verträgen vor, indem ihre Unterhändler die Vertragsverhandlungen einleiten und durchführen sowie den Vertragsentwurf unterzeichnen. Die Regierung legt auch den Vertrag der Volksvertretung vor. Daneben ist sie für die Gestaltung der gesamten Außenpolitik eines Staates zuständig. Ihrem außenpolitischen Willen verleiht sie vor allem durch Regierungserklärungen im Parlament und durch öffentliche Ansprachen ihrer Mitglieder Ausdruck. Neben der Regierung, der noch heute die Fülle der materiellen auswärtigen Gewalt zukommt, wirkt das Parlament bei der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten mit. Dies geschieht vor allem durch die in den Verfassungen vorgeschriebene parlamentarische Zustimmung zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge. Das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive birgt im Bereich der materiellen auswärtigen Gewalt eine Reihe von Problemen in sich, die sich zwar in allen Staaten, deren Verfassungen von dem Prinzip der Gewaltenteilung ausgehen, in gleicher Weise stellen, deren Lösungen aber entsprechend den unterschiedlichen Regelungen der auswärtigen Gewalt in den einzelnen Verfassungen nicht immer völlig übereinstimmen. Im Zusammenwirken zwischen

1) Wolgast, S. 7 nennt die Funktionen der formellen auswärtigen Gewalt „völkerrechtliche Hoheitsrechte“.

2) So Menzel in „Bonner Kommentar“, Anmerkung 3 zu Art. 53.

3) Vgl. Mosler, „Die auswärtige Gewalt . . .“, S. 252/53.

4) Vgl. in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland Mosler aaO., S. 288.

5) So in bezug auf die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland Schlochauer „Öffentliches Recht . . .“, S. 104.

Legislative und Exekutive auf auswärtigem Gebiet<sup>1)</sup> bleibt das Parlament bei der Zustimmung zum Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrags insoweit auf seinem eigenen Gebiet, dem der Gesetzgebung, als es dem betreffenden Vertrag innerstaatliche Geltung verschafft. Zugleich muß aber in dem verfassungsmäßigen Erfordernis der Zustimmung zur Begründung eines völkerrechtlichen Vertragsverhältnisses eine Voraussetzung für die Ratifikation durch das Staatsoberhaupt und damit eine Beschränkung der Funktionen der vollziehenden Gewalt gesehen werden. Insofern übt das Parlament exekutivische Funktionen aus.<sup>2)</sup> Andere Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen haben die Volksvertretungen mittels außenpolitischer Resolutionen, die an die Adresse der Regierung gerichtet sind; wenn diesen Resolutionen auch keine verfassungsrechtliche Verbindlichkeit innewohnt, sind sie doch dazu geeignet, die außenpolitische Willensbildung der Regierung zu beeinflussen. Manche Verfassungen, so etwa die der Vereinigten Staaten von Amerika, gehen noch weiter und verleihen dem Parlament das Recht zur Mitwirkung bei der Ernennung von Beamten des auswärtigen Dienstes. Art und Umfang der Mitwirkungsbefugnisse des Parlaments rechtfertigen es, die materielle auswärtige Gewalt als eine „kombinierte Gewalt“ zu bezeichnen.<sup>3)</sup> Aus dem Aufkommen von Staatengemeinschaften, die einen staatsähnlichen Charakter und eine eigene Rechtsordnung haben sowie eigene Hoheitsbefugnisse ausüben, die seither ausschließlich von Staaten wahrgenommen wurden, ergibt sich die Notwendigkeit, Begriffe des innerstaatlichen öffentlichen Rechts, insbesondere des Verfassungsrechts, auf diese sogenannten supranationalen Organisationen anzuwenden.<sup>4)</sup> Hierzu gehört auch der Begriff der auswärtigen Gewalt. Angesichts der besonderen Eigenart supranationaler Organisationen erscheint aber die Unterscheidung zwischen formeller und materieller auswärtiger Gewalt hier in einem anderen Licht. Es ist nämlich denkbar, daß die Gründungsstaaten der Organisation einen Teil ihrer auswärtigen Befugnisse auf dem betreffenden Sachgebiet in der Substanz übertragen, die von der Organisation dann als eigene auswärtige Gewalt ausgeübt werden. Möglich ist auch, daß der Gemeinschaft im Gründungsvertrag lediglich das Recht eingeräumt wird, an der Willensbildung bei Ausübung der den Mitgliedsstaaten auch auf dem Sachgebiet der Organisation verbliebenen auswärtigen Gewalt mitzuwirken; insoweit ist der Einzelstaat zwar formell weiterhin Träger der auswärtigen Gewalt, materiell aber hat er sie in dem Maße nicht allein inne, als er bei seiner Disposition an die Zustimmung von Organen der Gemeinschaft gebunden ist. In einer derartigen Regelung kommt der bundesstaatsähnliche Charakter einer supranationalen Organisation zum Ausdruck; auch die Verfassungen von Bundesstaaten kennen eine interne Mitwirkung der Zentralregierung beim Abschluß völkerrechtlicher Abkommen durch die Gliedstaaten. Diese Mitwirkung ist Ausübung materieller auswärtiger Gewalt.<sup>5)</sup> Schließlich kann eine supranationale Organisation sowohl mit einer eigenen, selbständig auszuübenden auswärtigen Gewalt als auch mit der Befugnis zur Mitwirkung bei der auswärtigen Betätigung der Einzel-

1) Vgl. hierzu Menzel, „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik“, S. 194 ff. und Stüben, S. 8 ff.

2) Vgl. hierzu Stüben, S. 23/24 und die dort angegebene Literatur.

3) So Menzel, „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik in der Deutung des Bundesverfassungsgerichts“, S. 348 ff. und „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik Deutschland“, S. 194 ff. sowie Stüben, S. 9 ff. A. A. Grewe, S. 120 ff.

4) Zum Begriff der supranationalen Organisation vgl. Schlochauer, „Zur Frage der Rechtsnatur . . .“, S. 373 und Jaenicke, „Die Europäische Gemeinschaft . . .“, S. 727.

5) So mit Recht Mosler in bezug auf die Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge durch ein Bundesland, vgl. „Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer“, Heft 12, Berlin 1954, S. 240.

staaten ausgestattet sein.<sup>1)</sup> In diesem Fall wird von den Organen der Gemeinschaft materielle auswärtige Gewalt in zweifacher Hinsicht ausgeübt, nämlich einmal durch die Vorbereitung der von dem völkerrechtlichen Repräsentationsorgan der Gemeinschaft vorzunehmenden völkerrechtswirksamen Handlungen, zum anderen in Form einer Beteiligung an der Vorbereitung völkerrechtswirksamer Handlungen der Einzelstaaten.

Materielle auswärtige Gewalt kann einer supranationalen Organisation also auch zustehen, wenn sie selbst nicht fähig ist, völkerrechtliche Verträge abzuschließen oder in anderer Weise völkerrechtswirksam zu handeln. Trägerin einer eigenen formellen auswärtigen Gewalt kann dagegen nur eine nach völkerrechtlichen Normen rechtsfähige Einheit sein, denn formelle auswärtige Gewalt bedeutet nichts anderes als die Befugnis, für eine Person des Völkerrechts völkerrechtswirksam zu handeln. Die Organe einer solchen Staatengemeinschaft können daher auswärtige Gewalt im formellen Sinn nur besitzen, wenn der Gemeinschaft Völkerrechtssubjektivität zukommt.

---

1) Diesen Weg sind, wie später auszuführen sein wird, die Väter des Euratom-Vertrags gegangen.

## B. Hauptteil

### I. Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Atomgemeinschaft

Eines der erklärten Ziele des Vertragswerkes ist es, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu fördern. Schon in der Präambel wird der Wunsch der Vertragspartner zum Ausdruck gebracht, „andere Länder an ihrem Werk zu beteiligen und mit den zwischenstaatlichen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, die sich mit der friedlichen Entwicklung der Kernkraft befassen.“ In Art. 1 Abs. 2 wird es als eines der Ziele der Organisation bezeichnet, „zur Entwicklung der Beziehungen mit anderen Ländern beizutragen.“ Daraus folgt, daß die Organe der Gemeinschaft bei der Durchführung der ihnen in Art. 2a-g gestellten Aufgaben die internationalen Aspekte ihrer Tätigkeit beachten müssen und daß alle dort aufgeführten Materien auch Gegenstand der Beziehungen der EAG zu dritten Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen sein können. Wie die Präambel und Art. 1 zeigen, sind die Väter des EAG-Vertrags von dem Gedanken ausgegangen, daß die Vereinigung der beteiligten sechs Staaten zu einer supranationalen Organisation in besonderem Maße dazu geeignet ist, diese Zusammenarbeit zu vertiefen. Das Ziel, das der Gemeinschaft gestellt worden ist, kann nur verwirklicht werden, wenn die EAG in der Lage ist, zu dritten Staaten und anderen zwischenstaatlichen Einrichtungen auf dem Boden des Völkerrechts in Beziehung zu treten, also Trägerin völkerrechtlicher Rechte und Pflichten zu sein.

In jeder Rechtsordnung bestimmt sich der Inhalt des Begriffs „Rechtspersönlichkeit“ nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft, deren Zusammenleben durch die betreffende Rechtsordnung geregelt wird.<sup>1)</sup> Das Zusammenleben der Völkerrechtsgemeinschaft wird durch die Völkerrechtsordnung geregelt. Diese legt fest, wer Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten sein kann. Da die Völkerrechtsgemeinschaft in erster Linie eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten ist, kommt vor allem diesen Völkerrechtssubjektivität zu. Sie sind die ursprünglichen Rechtspersonen des Völkerrechts. Am völkerrechtlichen Verkehr nehmen aber neben den Staaten auch nichtstaatliche Völkerrechtssubjekte, unter ihnen insbesondere Internationale Organisationen teil. Regeln des allgemeinen Völkerrechts über die Rechtspersönlichkeit der Staaten müssen daher, wenn man von den Bedürfnissen der internationalen Rechtsgemeinschaft ausgeht, insoweit auch auf Internationale Organisationen anwendbar sein, als sie an den vom Völkerrecht beherrschten internationalen Beziehungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur teilnehmen.<sup>2)</sup> Die Fähigkeit, Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten zu sein, kann diesen Organisationen aber nur durch die Staaten als die primären Völkerrechtspersonen<sup>3)</sup> und einzigen Völkerrechtssetzungssubjekte verliehen werden.<sup>4)</sup> Dies kann allgemein durch Anerkennung der Organisation als nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt durch die mit Völkerrechtssetzungssubjektivität ausgestatteten Staaten oder — mit Wirkung für die an der Organisation beteiligten Staaten — im Gründungsvertrag der Organisation geschehen. In diesem Fall ergibt sich die Rechtspersönlichkeit der

1) Siehe Hahn, „Euratom . . .“, S. 1044.

2) Vgl. hierzu Mosler, „Die völkerrechtliche Wirkung . . .“, S. 314, von-der-Heydte, S. 85 und Zemanek, S. 19/20.

3) Siehe von-der-Heydte, aaO.

4) Siehe Mosler, „Die völkerrechtliche Wirkung . . .“, S. 134.

Organisation aus dem jeweiligen Gründungsvertrag. Im Rahmen der durch den Gründungsvertrag ihr beigelegten völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit kann die Organisation in dem durch ihre Zwecke bestimmten Umfang am internationalen Verkehr teilnehmen.<sup>1)</sup>

In manchen Gründungsverträgen wird die neu zu schaffende Organisation ausdrücklich als Subjekt des Völkerrechts bezeichnet.<sup>2)</sup> Andere Verträge beschränken sich darauf, die Privatrechtsfähigkeit der Organisation festzulegen. Völkerrechtssubjektivität und Privatrechtsfähigkeit einer Internationalen Organisation sind streng voneinander zu unterscheiden. Ist die Internationale Organisation Privatrechtsperson, so folgt daraus noch nicht, daß sie auch Subjekt des Völkerrechts ist.<sup>3)</sup> Im allgemeinen werden Internationale Organisationen die ihnen gestellten Aufgaben nicht erfüllen können, wenn es ihnen nicht möglich ist, eigenes Vermögen zu besitzen und darüber zu verfügen, privatrechtliche Verträge abzuschließen und Partei in zivilen Rechtsstreitigkeiten zu sein. Ihre Privatrechtsfähigkeit wird daher fast immer ausdrücklich normiert.<sup>4)</sup> Dagegen gibt es eine große Anzahl Internationaler Organisationen, die keine Völkerrechtspersönlichkeit besitzen und sie zur Erreichung der ihnen gesetzten Ziele auch nicht benötigen.

Sofern die Völkerrechtsfähigkeit einer Staatengemeinschaft im Gründungsvertrag ausdrücklich festgelegt wird, ist damit meistens noch nichts über das Ausmaß der völkerrechtlichen Befugnis der Gemeinschaft gesagt. Entscheidend sind die ihr nach dem allgemeinen Vertragsinhalt eingeräumten Kompetenzen zur Teilnahme am völkerrechtlichen Rechtsverkehr. Um ihre Völkerrechtspersönlichkeit entfalten zu können, muß die Internationale Organisation im allgemeinen befugt sein, völkerrechtliche Verträge abzuschließen sowie diplomatische Vertreter zu empfangen und zu entsenden.<sup>5)</sup> Sie muß außerdem mit Organen ausgestattet sein, die befugt sind, die Organisation im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs auf auswärtigem Gebiet zu vertreten.

Legt man diese Erkenntnis einer Untersuchung des EAG-Vertrags zu Grunde, so stellt man fest, daß dieser sich nicht damit begnügt, der EAG in Art. 184 ausdrücklich privatrechtliche und völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit einzuräumen. Er enthält vielmehr im Unterschied zum Vertrag über die Gründung der EGKS, in dessen Art. 6 Abs. 2 lediglich gesagt ist, daß die EGKS im zwischenstaatlichen Verkehr „die für die Durchführung ihrer Aufgaben und die Erreichung ihrer Ziele erforderliche Rechts- und Geschäftsfähigkeit“ besitzt, darüber hinaus eine Reihe von Bestimmungen über die auswärtige Gewalt und damit über den Inhalt der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Nach Art. 101 ist die EAG befugt, im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen Abkommen und Vereinbarungen unter anderem mit dritten Staaten und Internationalen Organisationen abzuschließen. Nach Art. 102 können solche Verträge auch zwischen der Gemeinschaft und einem oder mehreren Mitgliedstaaten auf der einen Seite und einem außenstehenden Völkerrechtssubjekt auf der anderen Seite geschlossen werden. Eine Anzahl weiterer Vorschriften räumen der Gemeinschaft Funktionen ein, die ebenfalls nur von einem Völkerrechtssubjekt ausgeübt werden können. So hat z. B. nach Art. 199 die Kommission alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der

1) Siehe Hahn, „Euratom . . .“, S. 1045/46 und Zemanek, S. 21.

2) Vgl. z. B. Art. 6 Abs. 2 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

3) Seidl-Hohenveldern, S. 37.

4) Vgl. Zemanek, S. 28.

5) Hierzu Hahn, „Euratom . . .“, S. 1046.

Vereinten Nationen, ihrer Fachorganisationen und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sowie zu allen Internationalen Organisationen zu unterhalten. Nach Art. 200 hat die Gemeinschaft jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat und nach Art. 201 ein enges Zusammenwirken mit der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit herbeizuführen.

Der EAG-Vertrag umreißt aber nicht nur die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der EAG, sondern er stattet sie auch mit den zur sinnvollen Ausübung dieser Befugnis erforderlichen Organen aus. Der Aufbau der Gemeinschaft ist ebenso wie derjenige der EWG dem Modell der EGKS nachgebildet.<sup>1)</sup> Auch in der EAG gibt es einen Rat,<sup>2)</sup> der aus den Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten besteht. Seine Hauptaufgabe ist es, die Interessen und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zu koordinieren.<sup>3)</sup> Der Schwerpunkt seiner Zuständigkeit liegt auf dem Gebiet der Rechtssetzung, während er bei der Durchführung von Verwaltungsaufgaben nur in beschränktem Maße mitwirkt. Das Gegenstück zu der Hohen Behörde der Montanunion ist die Kommission,<sup>4)</sup> die sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt. Diese üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit aus und dürfen keine Weisungen von Seiten der Regierungen der Einzelstaaten entgegennehmen. Die Aufgaben der Kommission sind vor allem administrativer Natur. Sie wurde daher mit Recht als ein „Europäisches Atomministerium“<sup>5)</sup> bezeichnet. Ihre Mitwirkung bei der Rechtssetzung ist durch ein weitgehendes Initiativrecht gesichert. Schließlich sieht auch der EAG-Vertrag eine Versammlung<sup>6)</sup> als Vertretung der in der EAG zusammengeschlossenen Völker, einen Gerichtshof<sup>7)</sup> als Rechtsschutzorgan sowie einen lediglich beratende Funktionen ausübenden Wirtschafts- und Sozialausschuß vor.<sup>8)</sup> Für die Frage nach dem völkerrechtlichen Handlungsorgan der EAG sind Stellung und Aufgabenbereich der Kommission von entscheidender Bedeutung. In diesem Organ mit seinen unabhängigen, an Weisungen der einzelstaatlichen Regierungen nicht gebundenen Mitgliedern besitzt die Gemeinschaft die institutionelle Grundlage für eine eigenständige und kontinuierliche auswärtige Betätigung auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie. Die Kommission führt die ihr zufallenden auswärtigen Aufgaben zum Teil unter Zustimmung des Rates, zum Teil selbständig ohne Mitwirkung des Rates durch, der insoweit nur nachträglich zu unterrichten ist.<sup>9)</sup>

Für die Reichweite der Völkerrechtssubjektivität ist davon auszugehen, daß diejenigen Staaten, welche die Gemeinschaft ins Leben gerufen und sie mit Organen und Befugnissen ausgestattet haben, die es ihr ermöglichen, Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten zu werden, die Völkerrechtspersönlichkeit der Gemeinschaft gegen sich gelten lassen müssen. Durch den Abschluß des Gründungsvertrags haben sie die Organisation als neue Rechtsperson des Völkerrechts anerkannt.<sup>10)</sup> Diese Rechtspersönlichkeit wirkt

1) Alle drei Gemeinschaften ähneln in ihrer Struktur dem bundesstaatlichen Aufbau. Vgl. hierzu Schlochauer, „Zur Frage der Rechtsnatur . . .“, S. 369—371.

2) Art. 115—123.

3) Art. 115 Abs. 2.

4) Art. 124—135.

5) Ballreich, S. 37.

6) Art. 117—114.

7) Art. 136—160.

8) Art. 165—170

Durch ein Zusatzabkommen sind die Aufgaben und Befugnisse der Versammlungen der EGKS, der EWG und der EAG auf ein einziges Organ übertragen worden. Das gleiche gilt für die Gerichtshöfe der drei genannten Gemeinschaften und für die Wirtschafts- und Sozialausschüsse der EWG und der EAG.

9) Vgl. Art. 101 Abs. 3.

10) Vgl. Carstens, S. 52/53.

zunächst nur gegenüber denjenigen Staaten, die an der Schaffung der partikularen Rechtsordnung beteiligt waren, nämlich gegenüber den Gründerstaaten. Die Verfassungen Internationaler Organisationen, aus denen sich die Völkerrechtsfähigkeit dieser Organisationen ergibt, sind völkerrechtliche Verträge. Gemäß dem Grundsatz „pacta tertiis nec nocent, nec prosunt“, der auch im Völkerrecht herrscht, werden durch Verträge im allgemeinen nur die Vertragspartner berechtigt und verpflichtet. Anderenfalls wären die komplizierten Verfahrensvorschriften über den Beitritt neuer Mitglieder, wie sie auch der EAG-Vertrag enthält, überflüssig. Dies gilt auch für diejenigen Vertragsvorschriften, aus denen sich die Völkerrechtspersönlichkeit der neuen Organisation ergibt. Auch derartige Vorschriften können keinerlei Wirkungen gegenüber unbeteiligten Staaten entfalten. Ihnen gegenüber ist die Organisation daher nur dann Völkerrechtssubjekt, wenn sie von ihnen als solches anerkannt worden ist. Dies folgt aus der konstitutiven Wirkung der Anerkennung.<sup>1)</sup> Hat ein dritter Staat die Organisation nicht — oder noch nicht — anerkannt, so ist er nicht verpflichtet, beim Abschluß von Verträgen mit einzelnen Mitgliedstaaten auf die zwischen diesen und der Organisation bestehende Zuständigkeitsverteilung Rücksicht zu nehmen.<sup>2)</sup>

Schon in den ersten Monaten nach der Gründung der EAG hat sich gezeigt, daß mehrere Nichtmitgliedstaaten, insbesondere die führenden Atommächte des Westens, bereit waren, mit der Gemeinschaft völkerrechtliche Beziehungen aufzunehmen, wobei in den meisten Fällen die Aufnahme dieser Beziehungen auf eine Initiative des außenstehenden Partners zurückging.<sup>3)</sup> So haben die Vereinigten Staaten von Amerika bereits im Februar 1958 einen ständigen Vertreter bei der EAG akkreditiert.<sup>4)</sup> Im August des gleichen Jahres kam es zum Abschluß eines sogenannten Internationalen Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Gemeinschaft, in dem vereinbart wurde, die gemeinsame Förderung der Nutzung der Atomenergie zum Gegenstand späterer völkerrechtlicher Verträge zu machen. Ein erster Vertrag über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie ist inzwischen bereits zustande gekommen.<sup>5)</sup> Auch die britische Regierung hat seit Mai 1958 einen ständigen Vertreter bei der Kommission. Am 4. Februar 1959 ist in London ein Abkommen zwischen der EAG und der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nord-Irland über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie unterzeichnet worden.<sup>6)</sup> Es kann damit gerechnet werden, daß noch weitere Staaten diesem Beispiel folgen werden. Schon jetzt ist aber die EAG nicht nur gegenüber ihren Mitgliedstaaten, sondern auch im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und zu Großbritannien Subjekt des Völkerrechts.

1) So auch Mosler, „Die völkerrechtliche Wirkung . . .“, S. 141 und Münch, S. 314.

2) Hierzu Münch, S. 322.

3) Vgl. „Erster Gesamtbericht . . .“, S. 81.

4) Hierzu und zum folgenden „Erster Gesamtbericht . . .“, S. 82 ff.

5) Vgl. „Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe in deutscher Sprache“, 2. Jahrg. Nr. 17, 19. März 1959, S. 309 ff.

6) Vgl. „Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe in deutscher Sprache“, 2. Jahrg. Nr. 17, 19. März 1959, S. 331 ff.

## II. Die formelle auswärtige Gewalt der Europäischen Atomgemeinschaft

### 1. Die Befugnis der Gemeinschaft zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge

#### a) Inhalt und Umfang der Vertragsschließungsbefugnis der Gemeinschaft

Die Befugnis der Gemeinschaft zum Abschluß von Verträgen mit dritten Staaten und Internationalen Organisationen ist in Kapitel X (Art. 101-106) des EAG-Vertrags geregelt. Daneben ist aber in den Vorschriften dieses Kapitels auch von Verträgen der Gemeinschaft oder ihrer Mitgliedstaaten mit Angehörigen eines dritten Staates und von Abkommen zwischen Personen oder Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft und außenstehenden Staaten, zwischenstaatlichen Einrichtungen oder Angehörigen dritter Staaten die Rede. Die Bezeichnung „Außenbeziehungen“, die der Vertrag seinem Kapitel X voranstellt, darf daher nicht im strengen, nur die völkerrechtlichen Beziehungen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten umfassenden Sinne verstanden werden. „Außenbeziehungen“ werden vielmehr alle über die Grenzen des Hoheitsgebietes der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hinausreichenden Rechtsbeziehungen genannt, deren Gegenstand eine mit der friedlichen Verwendung der Kernenergie zusammenhängende Materie ist.<sup>1)</sup> Wenn in Kapitel X der Abschluß von völkerrechtlichen und von nicht dem Völkerrecht unterliegenden Verträgen gemeinsam behandelt wird, mag für diese auf den ersten Blick außergewöhnlich erscheinende Regelung das Bestreben maßgebend gewesen sein, den EAG-Vertrag möglichst übersichtlich anzuordnen und ihn nicht noch umfangreicher werden zu lassen, als er es mit seinen 225 Artikeln ohnehin schon geworden ist. Darüber hinaus wurde hierdurch auch der Tatsache Rechnung getragen, daß sich in letzter Zeit die Grenzen zwischen denjenigen Sachgebieten, die durch völkerrechtliche Verträge geregelt werden, und solchen, bei denen dies durch privatrechtliche Vereinbarungen geschieht, mehr und mehr verschieben, was auf eine zunehmende Tendenz zur Privatisierung der zwischenstaatlichen Vertragsbeziehungen zurückzuführen ist.<sup>2)</sup> Vor allem wirtschaftliche und finanzielle Fragen werden im zwischenstaatlichen Verkehr häufig nicht mehr zum Gegenstand völkerrechtlicher Verträge gemacht, sondern durch privatrechtliche Vertragsverhältnisse geregelt; gerade auf dem Gebiet der internationalen Vereinbarungen über die Lieferung von Kernbrennstoffen ist diese Erscheinung besonders häufig zu beobachten.<sup>3)</sup> Die in Kapitel X des EAG-Vertrags vorgesehenen Abkommen und Vereinbarungen können allerdings lediglich insoweit Gegenstand dieser Erörterung sein, als sie dem Völkerrecht unterliegen.

Der von Lehre, Praxis und Rechtsprechung entwickelte Grundsatz, nach dem Internationale Organisationen mit Völkerrechtspersönlichkeit, denen eine völkerrechtliche Vertragsschließungsbefugnis zusteht, alle diejenigen völkerrechtlichen Verträge eingehen können, deren Abschluß zur sinnvollen Ausübung einer der Organisation übertragenen Kompetenz erforderlich ist,<sup>4)</sup> ist im EAG-Vertrag im Unterschied zum Vertrag über die Gründung der EGKS ausdrücklich verankert. Nach Art. 101 Abs. 1 kann die Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit Verträge mit dritten Staaten und Internationalen Organisationen abschließen. Dabei sind die Begriffe „Abkommen und

1) Vgl. Hahn, „Euratom . . .“, S. 1013.

2) Vgl. Stüben, S. 76 ff.

3) Hierzu Stüben, S. 81.

4) Vgl. Bindschedler, S. 53—55, Hallier, S. 442—444 mit Zitaten aus der Rechtsprechung und Zemanek, S. 43 ff.

Vereinbarungen“, welche der Vertrag verwendet, im weitesten Sinne zu verstehen. Das Völkerrecht schreibt keine bestimmte Form für den Abschluß von Verträgen vor. Es steht daher im Belieben der Vertragspartner, in welcher Form sie ein völkerrechtliches Vertragsverhältnis begründen wollen.<sup>1)</sup> „Abkommen und Vereinbarungen“ im Sinne des Art. 101 sind somit nicht nur die unter Einhaltung bestimmter Formerfordernisse abgeschlossenen Verträge, sondern auch mehr oder weniger formlose Willenseinigungen zwischen der EAG und anderen Völkerrechtssubjekten.

Aus der Tatsache, daß die Gemeinschaft nach Art. 101 Abs. 1 befugt ist, „im Rahmen ihrer Zuständigkeit“ völkerrechtliche Vertragsverhältnisse zu begründen, folgt, daß der Umfang ihrer Vertragsschließungsbefugnis von dem Ausmaß der ihr übertragenen Kompetenzen abhängen soll. Alle Angelegenheiten, zu deren Regelung die Gemeinschaft in ihrem internen Bereich zuständig ist, können auch zum Gegenstand eines Vertrags mit einem außenstehenden Völkerrechtssubjekt gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist die Frage von Bedeutung, nach welchen Grundsätzen eine Vorschrift des EAG-Vertrags dann auszulegen ist, wenn der Wortlaut der betreffenden Bestimmung mehrere Deutungen zuläßt. Eine früher herrschende Meinung gab der Auslegung den Vorzug, welche die Hoheitsbefugnisse der Staaten möglichst unangetastet läßt.<sup>2)</sup> Neuerdings gewinnt die Ansicht an Boden, daß dem Völkerrecht unterliegende Verträge, insbesondere solche über die Gründung Internationaler Organisationen, ohne Rücksicht auf die einzelstaatlichen Hoheitsrechte und Interessen lediglich nach dem Ziel und Zweck des betreffenden Vertragswerks auszulegen seien.<sup>3)</sup> Der Wille der Staaten, die eine Internationale Organisation ins Leben rufen, sei stets auf die Effektivität der Tätigkeit dieser Organisation gerichtet. Es müsse daher davon ausgegangen werden, daß die Organe einer Staatengemeinschaft alle Maßnahmen ergreifen können, die sich als zur Erfüllung der Aufgaben der Organisation notwendig erweisen. Daraus folge, daß von mehreren möglichen Interpretationen der Bestimmung eines Gründungsvertrags jeweils diejenige zu wählen sei, die sowohl mit dem Wortlaut der Vorschrift als auch mit den Zielen und Aufgaben der Organisation zu vereinbaren sei.

Diese Ansicht steht, was die Auslegung des EAG-Vertrags anbelangt, in Einklang mit den Absichten der Vertragspartner, deren Bestreben es war, die Gemeinschaft mit allen denjenigen Hoheitsbefugnissen auszustatten, die sie benötigt, um den Anforderungen, die sich aus der raschen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie ergeben, gerecht werden zu können. Hierfür haben die EAG-Staaten den Verlust wichtiger Kompetenzen auf diesem Gebiet in Kauf genommen. Der entscheidende Maßstab für die Auslegung des EAG-Vertrags hinsichtlich des Umfangs der Vertragsschließungsbefugnis wie überhaupt der auswärtigen Gewalt der Gemeinschaft ergibt sich somit aus dem Art. 1 Abs. 2 verankerten Ziel, zur Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit beizutragen, sowie aus der in Art. 2 h der Gemeinschaft gestellten Aufgabe, „zu den anderen Ländern und den zwischenstaatlichen Einrichtungen alle Verbindungen herzustellen, die geeignet sind, den Fortschritt bei der friedlichen Verwendung der Kernkraft zu fördern“.

1) So Verdross, „Völkerrecht“, S. 134.

2) Vgl. Publication de la Cour Permanente de Justice Internationale, Serie A, Nr. 10, S. 18; mit Einschränkungen auch Verdross, S. 149.

3) Vgl. Oppenheim, S. 995.

Für die Beantwortung der Frage, ob die Vorschriften des EAG-Vertrags im Sinne einer möglichst weitgehenden Aufrechterhaltung der nationalstaatlichen Hoheitsrechte oder lediglich nach Maßgabe der dem Vertrag zu Grunde liegenden Ziele auszulegen sind, kann auch Art. 192 herangezogen werden. Nach Art. 192 haben die Mitgliedstaaten alle geeigneten Maßnahmen zur Erfüllung ihrer aus dem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der EAG sich ergebenden Verpflichtungen zu treffen und der Gemeinschaft die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern, sowie alle Maßnahmen zu unterlassen, welche die Verwirklichung der Vertragsziele gefährden könnten. Diese Vorschrift enthält zwar nichts, was nicht schon aus der supranationalen Rechtsnatur der EAG, also aus ihrem institutionellen Aufbau und aus Art und Umfang der ihr übertragenen Kompetenzen gefolgert werden könnte. Art. 192 hebt die aus dem supranationalen Charakter der Gemeinschaft für deren Verhältnis zu den Mitgliedstaaten sich ergebenden Folgen nur nochmals hervor, gewinnt aber hier insofern Bedeutung, als er die Bildung und Stärkung eines Gemeinsinns innerhalb der sechs beteiligten europäischen Staaten fördern soll. Daneben kommt aber in dieser Vorschrift besonders deutlich die Tendenz zum Ausdruck, die den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie verbliebenen Befugnisse zu Gunsten der Gemeinschaft einzuschränken. Diese Tendenz kennzeichnet auch die Vorschriften des EAG-Vertrags über die auswärtige Gewalt. Art. 192 kann somit im auswärtigen Bereich die Grundlage für eine restriktive Auslegung des Vertrags im geradezu umgekehrten Sinne, nämlich zu Ungunsten der Hoheitsbefugnisse der Einzelstaaten innerhalb der durch die Ziele der Gemeinschaft gezogenen Grenzen werden.

Für den Umfang der auswärtigen Gewalt der EAG ist schließlich Art. 203 des EAG-Vertrags von Interesse, nach dem der Rat, wenn ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich erscheint, um eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und im EAG-Vertrag die hierzu erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen sind, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung die geeigneten Vorschriften erlassen kann. Für die Einführung dieser Bestimmung war die Überlegung maßgebend, daß die bei der Entwicklung der Kernenergie sich ergebenden Probleme noch nicht voll überblickt werden konnten und daher eine elastische Ausgestaltung der Befugnisse der Gemeinschaft erforderlich war.<sup>1)</sup> Inwieweit allerdings aus der Erweiterungsklausel des Art. 203 in der Praxis Nutzen gezogen werden kann, hängt von dem Geist ab, von dem sich die Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung des EAG-Vertragswerks leiten lassen. Immerhin wird die einmal in Gang gesetzte Integration im Anwendungsbereich dieses Vertrags ein Eigengewicht entfalten, das die Beteiligten mehr und mehr dazu zwingen wird, ihr Verhalten unter Hintanstellung der einzelstaatlichen Interessen und Anliegen in erster Linie nach den Zielen der Gemeinschaft und den damit verknüpften Notwendigkeiten auszurichten. Diesem Zwang wird sich auf die Dauer im wohlverstandenen eigenen Interesse kein Mitgliedstaat entziehen können.

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit kann die Gemeinschaft auch Verträge von längerer Geltungsdauer abschließen.<sup>2)</sup> Dem steht die Tatsache nicht entgegen, daß sich die Zusammensetzung der einzelnen Organe der EAG periodisch ändert, und daß sich auch der Kreis der Mitgliedstaaten durch den Beitritt Dritter erweitern kann. Durch solche Ver-

1) Siehe Ballreich, S. 55.

2) A. A. in bezug auf die Montanunion ist Wengler, „Die völkerrechtliche Stellung der Montanunion“, S. 47.

änderungen wird die Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaft nicht betroffen. In diesem Punkt unterscheidet sich die Vertragsschließungsbefugnis der EAG nicht von derjenigen unabhängiger Staaten. In der Völkerrechtslehre besteht heute Einigkeit darüber, daß die am Abschluß eines Vertrags beteiligten Organe eines Staates<sup>1)</sup> ihre Nachfolger zu binden vermögen. Es ist kein Grund ersichtlich, warum dies nicht auch für die Organe Internationaler Organisationen gelten sollte. Daher ist auch der Einwand, die Väter des EAG-Vertrags hätten von vornherein eine Änderung des Verhältnisses zwischen Kommission, Rat und Versammlung ins Auge gefaßt, und daher entspreche eine allzu weit in die Zukunft reichende vertragliche Bindung der Gemeinschaft nicht ihrem Willen, nicht stichhaltig.

Als Partner der von der EAG zu schließenden völkerrechtlichen Verträge kommen nicht nur Staaten, sondern auch völkerrechtsfähige zwischenstaatliche Einrichtungen in Frage. Den Beziehungen der Gemeinschaft zu anderen Internationalen Organisationen kommt angesichts der verhältnismäßig großen Zahl von zwischenstaatlichen Einrichtungen, die sich mit der friedlichen Verwendung der Kernenergie befassen, große Bedeutung zu. Diese Beziehungen haben daher auch in den Art. 199-201 und 206 des EAG-Vertrags eine eigene Regelung gefunden. Während aber dort der Gemeinschaft nur ganz allgemein eine zweckdienliche „Zusammenarbeit“ mit den wichtigsten dieser Organisationen vorgeschrieben wird, bestimmt sich die Befugnis der EAG zum Abschluß von Verträgen im Rahmen dieser Zusammenarbeit nach Art. 101.

Es erhebt sich die weitere Frage, ob als Partner völkerrechtlicher Verträge der EAG neben den außenstehenden Völkerrechtssubjekten auch die Mitgliedstaaten in Betracht kommen. Diese Frage bezieht sich nicht auf Abkommen über die Erfüllung der sich aus dem EAG-Vertrag ergebenden Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten gegenüber der Gemeinschaft, die sich nach internem Gemeinschaftsrecht bestimmen, sondern betrifft nur solche Verträge, welche die EAG außerhalb dieses Bereichs als selbständige Völkerrechtsperson mit einem oder mehreren Mitgliedstaaten eingeht. Der EAG-Vertrag sieht den Abschluß solcher Verträge nicht ausdrücklich vor. Dennoch müssen sie insoweit zulässig sein, als dies zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft und zur Durchführung der ihr gestellten Aufgaben erforderlich ist.<sup>2)</sup>

Die Wirkung der von der Gemeinschaft abgeschlossenen Verträge erstreckt sich nicht nur auf die EAG selbst, sondern auch auf die Mitgliedstaaten und deren Angehörige. Während die Bindung der Gemeinschaft sich aus ihrer Stellung als eine der vertragsschließenden Parteien ergibt, folgt die Wirksamkeit dieser Verträge gegenüber den EAG-Staaten und ihren Angehörigen, die im EAG-Vertrag im Unterschied zu Art. 228 des EWG-Vertrags nicht festgelegt ist, aus der supranationalen Rechtsnatur der EAG, insbesondere aus ihrer Befugnis, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Rechtsnormen zu schaffen, welche die Mitgliedstaaten und die ihrer Hoheitsgewalt unterworfenen Personen und Unternehmen unmittelbar verpflichten.<sup>3)</sup>

Unter sachlichem Gesichtspunkt kommt für das Vertragsschließungsrecht der EAG eine Unterscheidung nach dem mit den einzelnen Abkommen verfolgten Zwecken in Betracht. In diesem Zusammenhang können, entsprechend einer Einteilung von Zemanek,<sup>4)</sup> drei Arten von Verträgen unterschieden werden:

1) Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament.

2) Hierzu Hahn, „Euratom . . .“, S. 1018.

3) Vgl. Berié-Miller, Anmerkung 7 zu Art. 103.

4) S. 47—52.

L) Konstitutionelle Verträge sollen die Verfassung der Gemeinschaft ergänzen und vor allem dazu dienen, die Tätigkeit der EAG gegenüber den Aufgabenbereichen anderer zwischenstaatlicher Einrichtungen mit gleichen oder ähnlichen Zielen abzugrenzen und ein möglichst großes Maß an Koordination herbeizuführen. Die völkerrechtliche Vertragspraxis kennt derartige Koordinationsabkommen zwischen Internationalen Organisationen schon seit einiger Zeit. So sieht Art. 63 in Verbindung mit Art. 57 der Satzung der Vereinten Nationen vor, daß öffentliche Internationale Organisationen, die weitreichende Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaft, des sozialen und kulturellen Lebens, der Erziehung, der Gesundheitspflege und auf ähnlichen Gebieten haben, mit den Vereinten Nationen in vertragliche Beziehungen treten. Die Gründungsverträge der Spezialorganisationen der Vereinten Nationen enthalten entsprechende Bestimmungen. Auf Grund dieser Vorschriften sind inzwischen bereits zehn derartige Verträge zustandegekommen.<sup>1)</sup> Koordinationsabkommen haben aber auch die Spezialorganisationen untereinander sowie mit anderen Internationalen Organisationen abgeschlossen.<sup>2)</sup> Auch die zwischenstaatlichen Einrichtungen, die in den letzten Jahren im Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen geschaffen worden sind, sahen sich bald gezwungen, durch wechselseitige Abkommen Überschneidungen ihrer Tätigkeit zu verhindern und eine nutzbringende Zusammenarbeit zu gewährleisten.<sup>3)</sup> Gerade im Fall der EAG ist eine derartige Koordination angesichts der verhältnismäßig großen Zahl von Organisationen mit ähnlichen Zielsetzungen besonders wichtig.

ß) Institutionelle Verträge sollen „die rechtliche Grundlage für das Funktionieren der Organisation im räumlichen Herrschaftsbereich der Staaten schaffen“.<sup>4)</sup> Ihr Gegenstand ist vor allem die Einräumung von Privilegien und Immunitäten. Die Notwendigkeit solcher Vereinbarungen ergibt sich aus der Tatsache, daß Internationale Organisationen im Unterschied zu Staaten nicht über ein eigenes Hoheitsgebiet verfügen und sich daher die Voraussetzungen für die Ausübung ihrer Funktionen im Herrschaftsbereich ihres Sitzstaates und der übrigen Mitgliedstaaten erst durch vertragliche Abmachungen mit diesen Staaten schaffen müssen, soweit dies noch nicht im Gründungsvertrag selbst oder in Zusatzabkommen geschehen ist. Die sogenannten „headquarteragreements“ sind daher so alt wie die Internationalen Organisationen selbst. So schloß schon der Völkerbund, obwohl seine Satzung keine Bestimmungen über die Befugnis der Organisation zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge enthielt, mit der Schweiz eine Reihe von Abkommen über seine rechtliche Stellung und die Immunität seiner Bediensteten.<sup>5)</sup> Als weitere Beispiele seien der Vertrag zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie die Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs und der Regierung der Niederlande betreffend den diplomatischen Status der Mitglieder und des Personals des Gerichtshofs erwähnt.<sup>6)</sup> Über die Rechtsstellung der EAG und ihres Personals innerhalb der Mitgliedstaaten ist eine besondere Vereinbarung, das sogenannte „Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen“ vom 17. 4. 1957, getroffen worden, in dem die Privilegien der Gemeinschaft

1) UN-Doc. St/SG vom 17. 12. 1951: Agreements between the United Nations and the Specialized Agencies.

2) UN Doc. St/SG vom 6. 11. 1953: Inter agency agreement and agreements between specialised agencies and other intergovernmental organizations.

3) So Agreement between the Council of Europe and the OEEC, August 1954.

4) Zemanek, S. 49.

5) Vgl. Schücking-Wehberg, S. 384.

6) PJI Serie E, Nr. 4, S. 57.

und die Immunitäten der Beamten und ihrer Bediensteten geregelt worden sind. Gleichwohl ist es denkbar, daß diese Bestimmungen in dem einen oder anderen Punkt der Ergänzung bedürfen. Zu diesem Zweck kann die Gemeinschaft nach Artikel 101 Verträge mit ihrem jeweiligen Sitzstaat oder anderen Mitgliedstaaten abschließen.

8) Funktionelle Verträge kann die Gemeinschaft in Ausübung der ihr übertragenen Kompetenzen zur sachgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben abschließen. Als Vertragspartner kommen in erster Linie Staaten, daneben aber auch andere Internationale Organisationen in Frage.<sup>1)</sup> Der Euratom-Vertrag enthält außerhalb des Kapitels X eine Reihe von Vorschriften, die den Abschluß von Verträgen über die von ihm in den Kapiteln I-IX behandelten Sachgebiete vorsehen. Diese Bestimmungen regeln die Befugnisse der Gemeinschaft zum Abschluß funktioneller Verträge aber nicht erschöpfend. Darüber hinaus ist die EAG gemäß dem allgemeinen Grundsatz des Art. 101, Abs. 1 vielmehr ermächtigt, alle völkerrechtlichen Abkommen und Vereinbarungen einzugehen, die zur Erreichung der ihr im EAG-Vertrag gesetzten Ziele erforderlich sind. Voraussetzung ist daher immer nur, daß die Gemeinschaft zur Regelung einer bestimmten Materie kompetent ist. Ist dies der Fall, so kann das betreffende Sachgebiet auch zum Gegenstand eigener Rechte und Pflichten der EAG gemacht werden.

#### b) Die Grenzen der Vertragsschließungsbefugnis der Gemeinschaft

Die Grenzen der in Art. 101 normierten Vertragsschließungsbefugnis ergeben sich in erster Linie aus der Beschränkung dieser Befugnis auf den limitierten Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft. Der EAG ist vor allem der Abschluß von Abkommen untersagt, die in ihrem Kern politischer Natur sind und der politischen Initiative der einzelnen Mitgliedstaaten vorgreifen könnten.

Die Frage nach der Rechtsgültigkeit von mit außenstehenden Völkerrechtssubjekten abgeschlossenen Verträgen, deren Gegenstand in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten gehört, stellt sich bei allen Internationalen Organisationen mit eigener Vertragsschließungsbefugnis und somit auch bei der EAG; sie taucht in ähnlicher Form auch bei Bundesstaaten auf, wenn diese völkerrechtliche Abkommen über eine Materie schließen, die in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Gliedstaaten fällt.<sup>2)</sup> Dort hat man sie als einen Unterfall des allgemeinen Problems angesehen, ob völkerrechtliche Verträge, die entgegen der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung von einem unzuständigen Organ abgeschlossen werden, Rechtsgültigkeit erlangen.<sup>3)</sup> Obwohl die Grundlagen der Völkerrechtsfähigkeit von Bundesstaaten und supranationalen Organisationen sich unterscheiden, stellt auch eine mit eigener Rechtspersönlichkeit und Vertragsschließungsbefugnis ausgestattete supranationale Organisation im Wirkungsbereich ihrer formellen auswärtigen Gewalt eine geschlossene Einheit dar. Gegen die Außenwirkung der Kompetenzverteilung spricht die Überlegung, daß sie eine gewisse Unsicherheit in die internationalen Beziehungen tragen kann. Man wird daher im Falle des kompetenzwidrigen Abschlusses völkerrechtlicher Verträge auch durch eine supranationale Organisation sagen können, daß nur dann, wenn die Zuständigkeitsüberschreitung eindeutig ist, der Vertrag als ungültig angesehen werden muß. Ist die Frage der

<sup>1)</sup> So kann die Kommission nach Art. 10 des EAG-Vertrags dritte Staaten durch Vertrag mit der Durchführung bestimmter Teile des Forschungsprogramms der Gemeinschaft betrauen.

<sup>2)</sup> Vgl. Mosler, „Die völkerrechtliche Wirkung . . .“, S. 164 ff.

<sup>3)</sup> Mosler aaO.; vgl. zu dieser Frage ferner Stüben, S. 17/18, Fußnote 29 und die dort angegebene Literatur.

Kompetenzverteilung jedoch schwierig oder streitig, so kann von dem außenstehenden Partner nicht verlangt werden „daß er die Kompetenzverteilungsfrage selbst beurteilt, insbesondere, sofern er sich dadurch in gemeinschaftsinterne Angelegenheiten einmischt. Er muß sich vielmehr auf die Legitimation des mit ihm verhandelnden Gemeinschaftsorgans verlassen können.“<sup>1)</sup>

Innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der EAG auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie kommt der Gemeinschaft keine ausschließliche Kompetenz zur Eingehung völkerrechtlicher Verträge zu, vielmehr haben auch die Mitgliedstaaten dieses Recht weiterhin inne. Aus Art. 103 EAG-Vertrag ergibt sich, daß die Mitgliedstaaten auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags Abkommen und Vereinbarungen über die friedliche Auswertung der Atomenergie abschließen können, wenn bestimmte formelle und materielle Voraussetzungen gegeben sind. Hier genügt zunächst die Feststellung, daß die EAG und einzelne Mitgliedstaaten nebeneinander zum Abschluß von Abkommen und Vereinbarungen, die den Anwendungsbereich des EAG-Vertrags berühren, befugt sind, wobei allerdings der Vertrag das Tätigwerden der Gemeinschaft als die Regel und das Tätigwerden der einzelnen Mitgliedstaaten als die Ausnahme ansieht.

Wie für die auswärtige Gewalt der Staaten gilt auch hinsichtlich der auswärtigen Befugnisse der EAG der allgemeine Grundsatz, daß die Gemeinschaft sich oder ihre Organe durch Verträge mit außenstehenden Völkerrechtssubjekten nicht in Widerspruch zu der Verfassung der Organisation, dem EAG-Vertrag, bringen darf. Unzulässig wäre daher der Abschluß von Abkommen, durch die — etwa infolge einer Delegation von Befugnissen — eine Kompetenzverschiebung zwischen Organen der Gemeinschaft herbeigeführt<sup>2)</sup> oder eine nach dem EAG-Vertrag vorgesehene Kontrolle durch den Gerichtshof<sup>3)</sup> ausgeschlossen würde.

## 2. Die Befugnis der Gemeinschaft zur Ausübung der übrigen Funktionen der formellen auswärtigen Gewalt

Aus Art. 101 Abs. 2, der die EAG verpflichtet, die Entwicklung der Beziehungen mit dritten Ländern zu fördern, und aus Art. 199 Abs. 2, nach dem die Gemeinschaft die zweckdienlichen Beziehungen zu Internationalen Organisationen zu unterhalten hat, muß gefolgert werden, daß ihr auch die Befugnis zustehen soll, in anderer Weise als durch den Abschluß von Verträgen formelle auswärtige Gewalt auszuüben. Hierzu gehören insbesondere die Entsendung und der Empfang diplomatischer Vertreter.

Das aktive und passive Gesandtschaftsrecht stand ursprünglich ebenso wie die Befugnis zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge ausschließlich den Staaten und dem Heiligen Stuhl zu. Die Anerkennung weiterer nichtstaatlicher Völkerrechtssubjekte hat dazu geführt, daß auch sie unter bestimmten Voraussetzungen als zur Entsendung und zum Empfang diplomatischer Vertreter berechtigt angesehen wurden. Ist eine Internationale Organisation durch den Gründungsvertrag ermächtigt und beauftragt, sich im Rahmen

1) So auch in bezug auf Bundesstaaten, die eine gliedstaatliche Kompetenz verfassungswidrig in Anspruch nehmen: Mosler, aaO S. 165, vgl. auch Schlochauer, „Öffentliche Recht . . .“, S. 112.

2) Vgl. hinsichtlich der Montan-Union Hallier, S. 449 und Wengler, „Die völkerrechtliche Stellung der Montan-Union“, S. 49.

3) Eine dem Art. 228 Satz 3 und 4 des EWG-Vertrags entsprechende Bestimmung enthält der EAG-Vertrag allerdings nicht. Nach Art. 228 des EWG-Vertrags kann der Rat die Kommission oder ein Mitgliedstaat vor Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrags durch die EWG ein Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des beabsichtigten Abkommens mit dem EWG-Vertrag einholen. Ist dieses Gutachten ablehnend, so kann das Abkommen nur auf dem Wege der Änderung des EWG-Vertrags in Kraft treten.

ihrer Zuständigkeit auf auswärtigem Gebiet selbständig zu betätigen, so wird sie im allgemeinen diese Aufgabe nur dann wirksam erfüllen können, wenn ihr hierzu der Weg des unter Staaten üblichen diplomatischen Verkehrs offen steht.<sup>1)</sup> Man wird daher annehmen können, daß ihr dieses Recht auch dann zukommt, wenn es im Gründungsvertrag nicht ausdrücklich normiert ist.

Die EAG hat nach Art. 2 h „zu den anderen Ländern und den zwischenstaatlichen Einrichtungen alle Verbindungen herzustellen, die geeignet sind, den Fortschritt bei der friedlichen Verwendung der Kernkraft zu fördern“. An der Befugnis der EAG zu einer selbständigen auswärtigen Betätigung kann angesichts dieser Vorschrift und auf Grund der Möglichkeit, die zur Erfüllung der Aufgaben der Gemeinschaft erforderlichen völkerrechtlichen Verträge abzuschließen, kein Zweifel bestehen. Eine wirksame Ausübung dieser Befugnis ist aber ohne das Recht zur Entsendung und zum Empfang diplomatischer Vertreter nicht möglich. Der EAG-Vertrag ermächtigt die Gemeinschaft zwar nicht ausdrücklich, Vertretungen bei den Regierungen außenstehender Länder oder bei zwischenstaatlichen Einrichtungen zu errichten und zu unterhalten. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, daß sie hierzu insoweit berechtigt ist, als dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie erforderlich ist.

Was die Akkreditierung fremder diplomatischer Vertreter bei der Kommission anbelangt, so setzt Art. 16 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen eine derartige Möglichkeit voraus.<sup>2)</sup> Diese Vorschrift verpflichtet nämlich den Mitgliedstaat, auf dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz der EAG befindet, den bei der Gemeinschaft beglaubigten Vertretungen dritter Länder die üblichen diplomatischen Vorrechte einzuräumen.

Die EAG ist aber nicht nur zur Teilnahme am eigentlichen diplomatischen Verkehr, sondern auch zur Unterhaltung von Kontakten aller Art mit den Regierungen außenstehender Staaten und den Organen zwischenstaatlicher Einrichtungen befugt. Hierbei ist vor allem an den Austausch von Meinungen, Informationen und Dokumenten sowie an die Absprache gemeinsamer Verhaltensweisen, ohne daß dadurch völkerrechtliche Verpflichtungen begründet werden, zu denken. Die Aufnahme derartiger Beziehungen hat nicht zur Voraussetzung, daß der außenstehende Partner die EAG als Subjekt des Völkerrechts anerkannt hat oder die eine Seite bei der anderen eine diplomatische Vertretung unterhält. Völkerrechtliche Beziehungen im engeren Sinne kann die Gemeinschaft dagegen nur zu denjenigen Staaten unterhalten, die sie als Völkerrechtsperson anerkannt haben.

Besonderes Gewicht legt der EAG-Vertrag auf die Zusammenarbeit der EAG mit den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen<sup>3)</sup> sowie mit den im europäischen Raum bestehenden zwischenstaatlichen Einrichtungen. Nach Art. 200 hat die Gemeinschaft insbesondere jede zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat herbeizuführen. In Ausführung dieser Bestimmung hat sich die Kommission in ihrem ersten

1) Vgl. Guggenheim, S. 451.

2) Außer den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien unterhalten auch Schweden, Dänemark, Österreich, die Schweiz, Kanada, Israel, Norwegen und Japan eine diplomatische Vertretung bei der EAG.

3) Art. 199 Abs. 1 lautet: „Die Kommission unterhält alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen, ihrer Fachorganisationen und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens“.

Tätigkeitsbericht<sup>1)</sup>) bereit erklärt, an den gemeinsamen Sitzungen der Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung teilzunehmen. Weitere Kontakte zwischen den beiden Organisationen sollen in absehbarer Zeit hergestellt werden. Von Bedeutung ist auch das Zusammenwirken der Gemeinschaft mit der OEEC, das in Art. 201 vorgesehen ist. Schon vor dem Inkrafttreten des EAG-Vertrags war ein Verbindungsausschuß gebildet worden, der diese Zusammenarbeit vorzubereiten hatte.<sup>2)</sup> Heute nehmen die Vertreter der Kommission an den Sitzungen des Lenkungsausschusses der Europäischen Kernenergieagentur und ihrer verschiedenen Fachausschüsse teil.<sup>3)</sup> Enge Beziehungen wird die EAG auch mit der Internationalen Atomenergiebehörde und der Internationalen Arbeitsorganisation unterhalten müssen.<sup>4)</sup>

Als besonders intensive Form der Zusammenarbeit mit dritten Staaten oder Internationalen Organisationen sieht Art. 206 die Assoziierung vor. Der Begriff der Assoziierung (oder Assoziation) wird in verschiedenem Sinne gebraucht.<sup>5)</sup> „Assoziierte Mitglieder“ einer Internationalen Organisation nehmen an den Arbeiten der Organisation nur in begrenztem Umfang teil und sind nur in einzelnen Organen vertreten. Es handelt sich hierbei um eine beschränkte Mitgliedschaft, deren Ausmaß im Gründungsvertrag umrissen ist. Davon zu unterscheiden ist die ebenfalls Assoziierung genannte ständige Verbindung zwischen einer Internationalen Organisation und einem Nichtmitgliedstaat zum Zwecke der Vertiefung der beiderseitigen Zusammenarbeit. Grundlage dieser Zusammenarbeit ist ein Assoziierungsabkommen, in dem die gegenseitigen Rechte und Pflichten festgelegt sind. Hier tritt der Partner der Organisation als außenstehende Völkerrechtsperson gegenüber. Eine Assoziierung in diesem Sinne sieht Art. 206 des EAG-Vertrags vor.<sup>6)</sup> Danach kann die EAG mit dritten Staaten und anderen Internationalen Organisationen Verträge schließen, die „eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen“. Während der Beitritt zur EAG nur europäischen Staaten offensteht,<sup>7)</sup> kann Partner einer Assoziierung auch ein außereuropäischer Staat sein.

Schließlich können auch sonstige einseitige Akte, die, weil sie völkerrechtliche Wirksamkeit entfalten, unter den Begriff der formellen auswärtigen Gewalt fallen, wie der Protest, die Repressalie und die Klage vor internationalen Gerichtshöfen, von der Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit vorgenommen werden. Die Möglichkeit, Repressalien gegen einen Staat zu ergreifen, welcher der Gemeinschaft gegenüber einen Unrechtstatbestand gesetzt hat, ist allerdings deswegen beschränkt, weil es der Gemeinschaft infolge ihres limitierten Kompetenzbereichs in vielen Fällen an den erforderlichen Druckmitteln fehlen wird. Die Erhebung einer Klage gegen einen außenstehenden Staat vor einem internationalen Gerichtshof kommt nur dann in Betracht, wenn hierfür eine vertragliche Grundlage vorhanden ist, und die EAG vor diesem Gericht Parteifähigkeit genießt.

1) Seite 88.

2) Vgl. „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, Teil F—G, γ 21, Bl. 20 R.

3) „Erster Gesamtbericht . . .“, S. 87.

4) Mit beiden Organisationen sind bereits Kontakte aufgenommen worden. Am 26. Januar 1961 ist ein Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation und der EAG unterzeichnet worden.

5) Vgl. hierzu Mosler „Die Aufnahme . . .“, S. 297 ff. und Carstens, S. 213, Fußnote 146.

6) Ebenso Art. 238 des Vertrags zur Gründung der EWG, der mit Art. 206 des EAG-Vertrags wörtlich übereinstimmt.

7) Vgl. Art. 205 Abs. 1.

### 3. Das völkerrechtliche Repräsentationsorgan der Gemeinschaft

Die Frage, welche Organe eines Staates zur Ausübung der auswärtigen Gewalt befugt sind, wird von dessen Verfassungsrecht beantwortet. Dieses bestimmt auch das Organ, welches den Staat völkerrechtlich verpflichten kann und somit der Träger seiner formellen auswärtigen Gewalt ist. Zwar kommt es grundsätzlich der Völkerrechtsordnung zu, festzulegen, wie ein Völkerrechtssubjekt Rechte und Pflichten erwerben kann. Diese verweist aber insoweit auf das interne Recht der einzelnen Völkerrechtspersonen. Die Verfassung einer völkerrechtsfähigen Internationalen Organisation ist in erster Linie deren Gründungsvertrag. Aus ihm ergibt sich, welches Organ die Organisation im völkerrechtlichen Verkehr repräsentiert und welche anderen Organe bei der Ausübung der auswärtigen Gewalt mitwirken. Im Unterschied zum Vertrag über die Gründung der EGKS legt der EAG-Vertrag in Art. 101 Abs. 2 fest, wer für die EAG völkerrechtliche Verträge abschließen kann: „Die einzugehenden Verträge werden durch die Kommission mit Zustimmung des Rates abgeschlossen.“

In der Regel kommen völkerrechtliche Verträge in einem zwei Stadien umfassenden Verfahren zustande. In dem ersten Stadium wird der Vertragsentwurf von Unterhändlern ausgearbeitet und anschließend unterzeichnet. Im zweiten Stadium wird dieser Entwurf von dem zum Abschluß befugten Organ ratifiziert.<sup>1)</sup> Auch innerhalb des Bestätigungsverfahrens können wiederum zwei Verfahrensabschnitte unterschieden werden, nämlich einmal der interne Entschluß zur Ratifikation des Vertrags und zum anderen die Abgabe der Bestätigungserklärung gegenüber dem Vertragspartner.<sup>2)</sup> Hinsichtlich der von der EAG in dem genannten zweistufigen Verfahren eingegangenen Verträge erhebt sich die Frage, ob die nach Art. 101 Abs. 2 erforderliche Zustimmung des Rates als Ratifikation des von der Kommission ausgehandelten Vertragstextes anzusehen ist und damit die endgültige völkerrechtliche Bindung der Gemeinschaft herbeiführt. In diesem Falle wäre der Rat das völkerrechtliche Repräsentationsorgan der Gemeinschaft. Die Kommission hätte den Vertrag lediglich auszuhandeln und das Verhandlungsstadium durch vorläufige Vereinbarung des Vertragstextes zu beenden. Kommt jedoch der Zustimmung des Rates die gleiche Bedeutung wie der Billigung eines Vertragsabschlusses durch das Parlament eines Staates zu, so repräsentiert die Kommission die Gemeinschaft bei der Ratifikation der Verträge.

Die Frage, welches Organ die formelle auswärtige Gewalt der EAG bei der Begründung völkerrechtlicher Vertragsverhältnisse ausübt, stellt sich auch dann, wenn in Abkürzung des oben dargelegten zweistufigen Verfahrens ein Abkommen unmittelbar mit seiner Unterzeichnung in Kraft treten soll und somit die Beendigung des Verhandlungsstadiums und die Erklärung der Bestätigung gegenüber dem Vertragspartner in einem Akt zusammenfallen.<sup>3)</sup>

Gegen die Befugnis des Rates zur völkerrechtlichen Repräsentation der Gemeinschaft beim Abschluß von Verträgen mit dritten Staaten und Internationalen Organisationen spricht vor allem der Wortlaut des Art. 101 Abs. 2. In der angloamerikanischen Terminologie wird das dem deutschen Wort „abschließen“ entsprechende „conclude“ in doppeltem Sinne gebraucht, nämlich sowohl im Sinne von „den Vertragstext vereinbaren“, „das Verhandlungsstadium beenden“ als auch zur Bezeichnung derjenigen

1) Siehe Verdross, S. 140 und Schlochauer, „Öffentliches Recht . . .“, S. 108 und 111.

2) Hierzu Bernhardt, „Völkerrechtliche Bindungen . . .“, S. 656 ff.

3) Vgl. Verdross aaO.

Tätigkeit des Organs eines Völkerrechtssubjekts, durch die das Völkerrechtssubjekt endgültig verpflichtet wird. Dagegen schließen der deutsche Begriff des Vertragsabschlusses und ebenso auch das französische „conclure“ stets die endgültige Bestätigung des Vertrags, nämlich seine Ratifikation, ein.<sup>1)</sup> Hätten die Väter des EAG-Vertrags diesem Begriff eine andere Bedeutung beilegen wollen als ihm im deutschen und im französischen Sprachgebrauch zukommt, so hätten sie dies in der Fassung des Wortlauts zum Ausdruck gebracht. Da dies nicht geschehen ist, kann davon ausgegangen werden, daß die Zustimmung des Rates lediglich als Ratifikationsvoraussetzung aufzufassen ist und somit der Billigung des Abschlusses eines völkerrechtlichen Vertrags durch das Parlament eines Staates gleichkommt.

Ein Vergleich des Art. 101 Abs. 2 mit der die Vertragsschließungsbefugnis der EWG regelnden Bestimmung des EWG-Vertrags bestätigt diese Ansicht. Nach Art. 228 dieses Vertrags werden die von der Gemeinschaft zu schließenden Abkommen von der Kommission ausgehandelt und „vorbehaltlich der Zuständigkeiten, welche die Kommission auf diesem Gebiet besitzt, vom Rat geschlossen“. Hier soll also — anders als im Fall des Art. 101 des EAG-Vertrags — der Rat die Gemeinschaft verpflichten, während der Kommission lediglich die vorläufige Vereinbarung des Vertragstextes obliegt. Der unterschiedliche Inhalt der beiden Bestimmungen macht deutlich, daß der EAG-Vertrag keine derartige Verteilung der Funktionen bei der Begründung völkerrechtlicher Vertragsverhältnisse festlegen will. Der Vertrag kennt nur eine einzige Ausnahme von diesem Grundsatz: Nach Art. 206 Abs. 2 werden Abkommen über die Assoziierung eines dritten Staates oder einer Internationalen Organisation nach Anhörung der Versammlung vom Rat nach dessen einstimmigen Beschluß abgeschlossen. Diese Sonderregelung wurde für notwendig erachtet, weil ein Assoziierungsabkommen eine enge Verbindung mit dem betreffenden außenstehenden Partner hergestellt wird, und daher auch die Interessen und die Stellung der einzelnen Mitgliedstaaten berührt werden. In allen anderen Fällen aber ist ohne Rücksicht darauf, wer im Innenverhältnis für die Erledigung der Angelegenheit, die zum Gegenstand eines völkerrechtlichen Vertrags gemacht wird, zuständig ist, die Kommission zur Aushandlung und zum Abschluß des Abkommens ermächtigt. Ihre Vertreter führen die Verhandlungen, die dem Vertragsabschluß vorausgehen, und unterzeichnen den ausgehandelten Vertragsentwurf. Die Kommission ist es aber auch, welche die Ratifikation gemäß dem vorgesehenen Verfahren herbeiführt und damit die Gemeinschaft endgültig berechtigt und verpflichtet. Nach Art. III des Abkommens zwischen der EAG und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 29. Mai und 19. Juni 1958,<sup>2)</sup> des ersten völkerrechtlichen Vertrags, den die EAG abgeschlossen hat, tritt dieser „an dem Tage inkraft, an dem jeder Vertragspartner von dem anderen Vertragspartner die schriftliche Mitteilung darüber erhält, daß er alle gesetzlichen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt hat“. Das gleiche Verfahren sieht auch das Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der EAG und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie in seinem Art. XVI vor.<sup>3)</sup> Die nach diesen Bestimmungen erfolgte Mitteilung war die endgültige

1) Vgl. hierzu Zemanek, S. 65 ff., der auch Fälle anführt, in denen die Bezeichnung „to conclude“ im zweiten Sinne gebraucht worden ist.

2) Vgl. „Abkommen über Zusammenarbeit mit Anlagen und Arbeitsdokumenten“, S. 20.

3) Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe in deutscher Sprache, 2. Jahrg., Nr. 17 vom 19. März 1959, S. 326.

völkerrechtliche Bindungserklärung der beiden Vertragspartner. Sie war für die EAG von der Kommission als dem zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge befugten Organ abzugeben. Im Unterschied hierzu ist das Abkommen zwischen der EAG und der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nord-Irland über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung von Atomenergie vom 4. Februar 1959 am Tage seiner Unterzeichnung inkraft getreten.<sup>1)</sup>

Über die Befugnis zur Ausübung der übrigen Funktionen der formellen auswärtigen Gewalt der EAG enthält der Vertrag keine ausdrückliche Regelung. Die der Gemeinschaft gestellte Aufgabe einer wirksamen und nutzbringenden Betätigung auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie zwingt aber zu dem Schluß, daß der Kommission auch insoweit die völkerrechtliche Repräsentation der EAG zusteht. Hierfür spricht außerdem die Tatsache, daß es ihr nach Art. 124 generell obliegt, „für die Anwendung dieses Vertrags sowie der von den Organen auf Grund dieses Vertrags getroffenen Bestimmungen Sorge zu tragen“, während die Hauptaufgabe des Rates darin besteht, „die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft miteinander abzustimmen“.<sup>2)</sup> Die umfassende völkerrechtliche Repräsentationsbefugnis der Kommission steht schließlich auch in Einklang mit der Stellung dieses Organs innerhalb der organisatorischen Struktur der Gemeinschaft. Der Aufbau der EAG und die Verteilung ihrer Kompetenzen ist, wenn auch beträchtliche Unterschiede, die sich aus dem Wesen der Gemeinschaft als einer Verbindung mehrerer Staaten mit begrenzten Zielen ergeben, nicht übersehen werden können, in den Grundzügen doch der staatlichen Organisationsform nachgebildet. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen Rat und Kommission, das in entscheidenden Punkten dem innerhalb eines parlamentarisch-demokratischen Staates bestehenden Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive entspricht. Während die Tätigkeit der Kommission vor allem administrativer Natur ist, liegt der Schwerpunkt der Zuständigkeit des Rates auf dem Gebiet der Rechtsetzung. Die völkerrechtliche Vertretung der Staaten gehört zu den traditionellen Aufgaben der Exekutive. Da die EAG im Rahmen ihrer auswärtigen Befugnisse ebenso wie ein Staat gegenüber dritten Völkerrechtssubjekten als eine geschlossene Einheit auftritt, ist die Kommission, deren Aufgaben am ehesten denen der staatlichen Exekutive vergleichbar sind, das für die völkerrechtliche Repräsentation der Gemeinschaft zuständige Organ.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, aaO, S. 341.

<sup>2)</sup> Art. 115 Abs. 2.

### III. Die materielle auswärtige Gewalt der Europäischen Atomgemeinschaft

#### 1. Die Mitwirkung der einzelnen Organe bei der Willensbildung hinsichtlich der eigenen auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft

Der Kommission als dem generell für die Erfüllung der Aufgaben der EAG zuständigen Organ<sup>2)</sup> steht nicht nur fast die gesamte formelle auswärtige Gewalt der Gemeinschaft zu, sondern sie wirkt auch in beträchtlichem Maße bei der gemeinschaftsinternen Vorbereitung völkerrechtswirksamer Handlungen und der Beschlußfassung über auswärtige Angelegenheiten mit. Ihr obliegt vor allem die Errichtung und Unterhaltung des gemeinschaftseigenen auswärtigen Dienstes. An der Willensbildung hinsichtlich der Gestaltung der auswärtigen Beziehungen nimmt sie durch öffentliche Reden ihrer Mitglieder sowie durch die Abfassung des von ihr nach Art. 125 jährlich zu veröffentlichenden Gesamtberichtes teil.<sup>2)</sup> Nach Art. 124 hat sie „Empfehlungen und Stellungnahmen auf den in diesem Vertrag bezeichneten Gebieten abzugeben, soweit der Vertrag dies ausdrücklich vorsieht oder soweit sie es für notwendig erachtet“. Nach Art. 119 kann der Rat Änderungen eines Vorschlags der Kommission nur einstimmig beschließen. Beide Vorschriften beziehen sich auch auf auswärtige Angelegenheiten. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß die Kommission das für die grundlegende Gestaltung der auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft allein maßgebende Organ ist. Dem steht die Tatsache entgegen, daß der Rat nach Art. 101 Abs. 2 nicht nur seine Zustimmung zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge erteilen muß, sondern schon die Entwürfe dieser Verträge nach seinen Richtlinien auszuhandeln sind. Zwar ist es Aufgabe des Rates, die Interessen der Gemeinschaft mit denen der Mitgliedstaaten abzustimmen, aus seiner Stellung als Gemeinschaftsorgan ergibt sich aber, daß sowohl seine Mitglieder als auch die Regierungen, denen sie angehören und die ihnen Weisungen erteilen, im Falle einer Kollision zwischen den Interessen der EAG und nationalstaatlichen Interessen die letzteren hinten stellen müssen. Dies gilt auch für den Abschluß völkerrechtlicher Verträge. Nur so kann das der EAG in Art. 1 Abs. 2 des EAG-Vertrags gesetzte Ziel der Vertiefung und Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit verwirklicht werden. Inwieweit allerdings die Regierungen der Vertragsstaaten und ihre Vertreter im Rat in der Praxis bereit sein werden, nach diesen Gesichtspunkten zu handeln, ist eine Frage, die erst die Zukunft beantworten kann.

Die nach Art. 101 Abs. 2 vom Rat zu erteilende Zustimmung zur Begründung eines Vertragsverhältnisses mit einem dritten Staat oder einer Internationalen Organisation ist der entsprechenden Befugnis der Volksvertretung in parlamentarisch-demokratischen Staaten vergleichbar. Die Zustimmung des Rates der EAG zu einem von der Kommission abgeschlossenen Vertrag ist erforderlich, da dessen Vorschriften auch Verbindlichkeit gegenüber den Mitgliedstaaten und deren Angehörigen erlangen. Daneben ist die Zustimmung aber auch eine in die allgemeinen Kontrollbefugnisse des Rates gegenüber der Kommission einzuordnende verfassungsmäßige Voraussetzung für die endgültige Verpflichtung der Gemeinschaft. Insoweit ist sie ein Akt der materiellen auswärtigen Gewalt, denn sie ermöglicht es, daß ein bestimmter Vertrag abgeschlossen wird und dadurch die auswärtigen Beziehungen der EAG im Sinne dieses Vertrags geregelt werden.

1) Siehe Art. 124.

2) Vgl. „Erster Gesamtbericht . . .“, Kapitel XII, S. 81 ff.

Nach Art. 101 Abs. 2, 3. Halbsatz des EAG-Vertrags bedarf der Beschluß, mit dem der Rat dem Abschluß eines völkerrechtlichen Abkommens mit einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung durch die Kommission zustimmt, der qualifizierten Mehrheit seiner Mitglieder. Diese Bestimmung enthält eine Sonderregelung für den Fall, daß eine Materie des EAG-Vertrags zum Gegenstand einer völkerrechtlichen Vereinbarung gemacht wird. Daraus folgt, daß der Zustimmungsbeschluß auch dann mit qualifizierter Mehrheit gefaßt werden muß, wenn für die Regelung der betreffenden Materie durch Maßnahmen innerhalb des Hoheitsgebiets der sechs Mitgliedstaaten die einfache Mehrheit der Ratsmitglieder ausreichen würde.<sup>1)</sup> Auf der anderen Seite genügt auch die qualifizierte Mehrheit in solchen Fällen nicht, in welchen durch einen völkerrechtlichen Vertrag einem Mitgliedstaat Verpflichtungen auferlegt werden sollen, die nur einstimmig begründet werden können.<sup>2)</sup>

Schließt die Kommission ein völkerrechtliches Abkommen, bei dessen Zustandekommen der Rat mitzuwirken hat, ohne seine Zustimmung ab, erhebt sich die Frage, ob das Abkommen völkerrechtliche Gültigkeit erlangt. Diese Frage ist ohne Zweifel dann zu bejahen, wenn die Zustimmungsbedürftigkeit des Vertrags für den außenstehenden Staat oder die Internationale Organisation nicht ohne weiteres erkennbar war. In diesem Fall kann dem Vertragspartner nicht zugemutet werden, daß er die Verletzung der Vorschriften des EAG-Vertrags über die Kompetenzverteilung gegen sich gelten lassen muß. Hatte der Vertragspartner jedoch von der Zustimmungsbedürftigkeit des Vertrags Kenntnis erlangt oder hätte er sich diese Kenntnis ohne unzulässige Einmischung in die internen Angelegenheiten der Gemeinschaft verschaffen können, so ist kein Grund ersichtlich, warum den Bestimmungen des EAG-Vertrags über die gemeinschaftsinterne Willensbildung hinsichtlich des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge insoweit nicht auch völkerrechtliche Wirksamkeit zukommen sollte. In diesem Fall erlangt der Vertrag keine völkerrechtliche Gültigkeit.<sup>3)</sup>

Eine Einschränkung des Zustimmungsrechtes des Ministerrates enthält Art. 101 Abs. 3, nach dem der Abschluß aller Abkommen und Vereinbarungen, deren Durchführung im Rahmen des betreffenden Haushaltsplanes möglich ist, nicht der vorhergehenden Zustimmung des Rates bedarf, sondern ihm nur nachträglich mitzuteilen ist. Ebenso wie Art. 59 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und die entsprechenden Vorschriften vieler anderer Verfassungen unterscheidet auch der EAG-Vertrag zwischen zustimmungsbedürftigen und zustimmungsfreien Verträgen. Während aber Art. 59 Abs. 2 GG von dem Grundsatz der Nicht-Zustimmungsbedürftigkeit ausgeht und diejenigen Verträge, deren Abschluß das Parlament genehmigen muß, als Ausnahme aufführt, ist das Verhältnis in Art. 101 Abs. 2 und 3 umgekehrt. Grundsätzlich bedürfen die von der Kommission abzuschließenden Verträge der Zustimmung des Rates; dies soll nur dann nicht gelten, wenn die Voraussetzungen des Art. 101 Abs. 3 vorliegen.<sup>4)</sup> Dabei sind die Unterscheidungsmerkmale zwischen zustimmungsbedürftigen und zustimmungsfreien Verträgen wesentlich klarer gefaßt und daher im Einzelfall leichter feststellbar, als dies bei den in Art. 59 Abs. 2 GG normierten Unterscheidungsmerkmalen der Fall ist. Die Art. 101 Abs. 3 getroffene Regelung ist aber

1) Berié-Miller, Anm. 6 zu Art. 101.

2) Berié-Miller, aaO.

3) A. A. Berié-Miller aaO., Anmerkung 5 zu Art. 101.

4) Das gleiche Verhältnis zwischen zustimmungsbedürftigen und zustimmungsfreien Verträgen besteht auch nach Art. 60 b der niederländischen Verfassung. Vgl. hierzu Gewe, S. 160/61.

auch deswegen von Bedeutung, weil mit ihr ein Fortschritt auf dem Wege zur europäischen Integration erzielt worden ist. Dieser Fortschritt besteht darin, daß ein supranationales Organ, dessen Mitglieder verpflichtet sind, frei von allen nationalen Rücksichten und in voller Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Entscheidungen zu treffen, nämlich die Kommission der EAG, ermächtigt wird, auf einem, wenn auch beschränkten Sektor der auswärtigen Beziehungen selbständig zu handeln. Dabei soll nicht übersehen werden, daß auch die an Weisungen der Heimatstaaten nicht gebundenen Mitglieder der Kommission einer gewissen Beeinflussung durch den Standpunkt der Regierung und der öffentlichen Meinung ihres Landes unterliegen. Mit Recht hat Jaenicke<sup>1)</sup> darauf hingewiesen, daß sich wohl schwerlich jemand von den zum großen Teil unbewußten Bindungen an die Volksgemeinschaft, aus der er hervorgegangen ist, aber auch an die Interessengruppen, denen er seine Stellung verdankt, wird freimachen können. Dies ändert aber nichts an der Bedeutung der Regelung des Art. 101 Abs. 3, durch die einem von den Regierungen der Mitgliedstaaten unabhängigen Organ auswärtige Befugnisse übertragen worden sind, die seither von diesen Staaten wahrgenommen wurden. Weder der EGKS-Vertrag noch der EWG-Vertrag kennen eine ähnliche Bestimmung.

Über die Mitwirkung der einzelnen Organe bei der gemeinschaftsinternen Willensbildung hinsichtlich der übrigen Funktionen der formellen auswärtigen Gewalt enthält der EAG-Vertrag keine ausdrücklichen Bestimmungen. Die Tatsache, daß der EAG die Aufgabe einer wirksamen und nutzbringenden Betätigung auf dem Gebiete der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie gestellt ist, legt die Folgerung nahe, daß auch hier der gleiche Grundsatz anzuwenden ist, den Art. 101 Abs. 3 in Bezug auf den Abschluß von Verträgen festgelegt. Danach kann die Kommission als das Repräsentationsorgan der Gemeinschaft die fraglichen Funktionen insoweit selbständig ausüben und braucht den Rat nur nachträglich im Rahmen der laufenden Rechenschaftslegung zu unterrichten, als sie nicht dessen Kompetenzbereich berühren und nicht die Grenzen des geltenden Haushaltplans überschreiten.<sup>2)</sup>

Für das Verhältnis, das zwischen der Tätigkeit des Gerichtshofes der EAG und der materiellen auswärtigen Gewalt der Gemeinschaft besteht, sind die Art. 146 Abs. 1, 148 Abs. 1 und 150 des EAG-Vertrags maßgebend. Nach Art. 146 Abs. 1 können der Rat oder die Kommission vor dem Gerichtshof verklagt werden, wenn von ihnen getroffene Maßnahmen gegen den EAG-Vertrag oder gegen bei seiner Durchführung anzuwendende Rechtsnormen verstoßen. Nach Art. 150 ist der Gerichtshof unter anderem befugt, über die Auslegung des EAG-Vertrags und über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Gemeinschaft im Wege der Vorabentscheidung zu befinden. Auf Grund dieser Vorschriften kann der Gerichtshof mit jeder Frage, welche die Anwendung des EAG-Vertrags betrifft, also auch mit Fragen der auswärtigen Gewalt befaßt werden. Rat und Kommission sind an seine Entscheidungen gebunden. Sie müssen daher darauf achten, daß ihre Tätigkeit auf auswärtigem Gebiet mit der vom Gerichtshof als vertragsgemäß anerkannten Ordnung übereinstimmt. Die Ausübung der auswärtigen Gewalt der Gemeinschaft ist somit in die Rechtskontrolle des Gerichtshofes einbezogen.

1) „Die Sicherung . . .“, S. 78/79.

2) Hierzu Hahn, „Euratom . . .“, S. 1017.

Fraglich ist nur, ob der Gerichtshof damit selbst auswärtige Gewalt im materiellen Sinn ausübt. Materielle auswärtige Gewalt ist, wie bereits mehrfach hervorgehoben wurde, die innerhalb der Gemeinschaft stattfindende Willensbildung hinsichtlich auswärtiger Angelegenheiten. Alle Organe, die bei dieser Willensbildung mitwirken, sind Träger materieller auswärtiger Gewalt. Die Tätigkeit des Gerichtshofes dient nicht der Bildung eines außenpolitischen Willens der Gemeinschaft, sondern der Wahrung der durch den EAG-Vertrag errichteten Ordnung. Sie ist ausschließlich Rechtsprechung. Dieser Rechtsprechung kommt allerdings deswegen eine außenpolitische Bedeutung zu, weil sie die Maßnahmen der Kommission und des Rates als der für die Willensbildung der Gemeinschaft maßgebenden Organe auf ihre Vereinbarkeit mit dem EAG-Vertrag und den zu seiner Durchführung erlassenen Vorschriften zu überprüfen hat. Stellt der Gerichtshof auf eine Klage nach Art. 146 oder 148 hin fest, daß das Verhalten eines Organs gegen den EAG-Vertrag verstößt, so tritt er nicht etwa selbst an die Stelle dieses Organs, um nun seinerseits die in diesem Fall erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, sondern erklärt lediglich die angefochtene Handlung für nichtig.<sup>1)</sup> Sache des Organs, dessen Verhalten Gegenstand der Entscheidung des Gerichtshofes war, ist es dann, die sich aus dem Urteil ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Ebenso wenig wirkt der Gerichtshof durch seine abstrakte Normenkontrolle nach Art. 150 bei der außenpolitischen Willensbildung innerhalb der Gemeinschaft mit.

Die Befugnisse der Versammlung sind auch auf dem Sektor der auswärtigen Gewalt weitaus geringer, als dies bei den nationalen Parlamenten der Fall ist. Die Versammlung hat vor allem kein Mitspracherecht beim Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrags. Einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft durch die Kommission und den Rat vermag sie dadurch auszuüben, daß sie in öffentlicher Sitzung den jährlichen Gesamtbericht, den ihr die Kommission vorgelegt hat, erörtert,<sup>2)</sup> wobei auch auswärtige Angelegenheiten zur Sprache kommen können. Die bei dieser Gelegenheit von der Versammlung zu den einzelnen Problemen eingenommene Haltung ist deswegen nicht ganz ohne Bedeutung, weil ihr nach Art. 114 das Recht zusteht, die Kommission durch ein Mißtrauensvotum, das einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung bedarf, zum Rücktritt zwingen kann. Darüber hinaus hat die Versammlung zweifellos die Möglichkeit, Fragen der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie zum Gegenstand von Entschließungen zu machen. So hat das Europäische Parlament am 23. Juni 1958 eine Resolution einstimmig verabschiedet, in der es den Abschluß des Abkommens zwischen der EAG und den Vereinigten Staaten von Amerika begrüßt und dem Wunsche Ausdruck verleiht, daß mit Hilfe dieses Abkommens eine „weitgehende und vertrauensvolle Assoziierung“ zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika in die Wege geleitet werden möge.<sup>3)</sup> Die Möglichkeit, derartige Entschließungen zu fassen, ist allerdings im EAG-Vertrag nicht ausdrücklich vorgesehen. Den Entschließungen der Versammlung wohnt daher weder verfassungsrechtliche Verbindlichkeit für die übrigen Organe der Gemeinschaft noch völkerrechtliche Bedeutung inne.

1) Art. 147 Abs. 1.

2) Art. 149 Abs. 1.

3) Art. 113.

4) Vgl. „Abkommen über Zusammenarbeit mit Anlagen und Arbeitsdokumenten“, S. 17.

## 2. Die Befugnisse der Gemeinschaft zur Mitwirkung bei der Ausübung auswärtiger Gewalt der Mitgliedstaaten

Die im EAG-Vertrag festgelegte Verteilung der auswärtigen Kompetenzen zwischen der EAG und den Einzelstaaten birgt die Gefahr in sich, daß Kollisionen zwischen Maßnahmen der Gemeinschaft und solchen der Mitgliedstaaten bei den zur friedlichen Verwendung der Atomenergie erforderlichen außenpolitischen Regelungen eintreten. Der EAG-Vertrag ermächtigt die Gemeinschaft, um dieser Gefahr entgegenzuwirken, zur Kontrolle über die von den Einzelstaaten ausgeübte auswärtige Gewalt, soweit sie seinen Anwendungsbereich berührt. Zu diesem Zweck unterscheidet der Vertrag 1. Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und anderen Völkerrechtssubjekten, die vor dem Inkrafttreten des EAG-Vertrags abgeschlossen worden sind.<sup>1)</sup> 2. Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und anderen Völkerrechtssubjekten, die nach dem Inkrafttreten des EAG-Vertrags abgeschlossen werden.<sup>2)</sup> 3. Abkommen zwischen der EAG und einzelnen Mitgliedstaaten einerseits und dritten Völkerrechtssubjekten andererseits.<sup>3)</sup> Eine Mitwirkung bei der auswärtigen Betätigung der Einzelstaaten erfolgt schließlich im Rahmen des Beitrittsverfahrens nach Art. 205 des EAG-Vertrags.

Die Regelung, die das Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten auf dem Gebiete der auswärtigen Gewalt im EAG-Vertrag gefunden hat, weist bundesstaatsähnliche Züge auf. Dies gilt vor allem für die Mitwirkung der Gemeinschaft beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge zwischen Mitgliedstaaten und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen nach Inkrafttreten des EAG-Vertrags. Auch die Verfassungen von Bundesstaaten räumen den Gliedstaaten in beschränktem Maße das Recht ein, völkerrechtliche Verträge abzuschließen, wenn die Zentralregierung zustimmt. Diese Zustimmung stellt sich als Kontrolle des Gesamtstaates über die auswärtige Betätigung der Gliedstaaten dar. Art. 102 bis 103 des EAG-Vertrags enthalten eine gleichartige Regelung.<sup>4)</sup> Zwar ist der Umfang der auswärtigen Kompetenzen der EAG wesentlich geringer. Während innerhalb von Bundesstaaten die auswärtige Gewalt weitgehend beim Zentralstaat konzentriert und dieser sogar befugt ist, völkerrechtliche Verträge über Materien abzuschließen, die im innerstaatlichen Bereich unter die Zuständigkeit der Gliedstaaten fallen,<sup>5)</sup> kommt innerhalb der EAG die Fülle der auswärtigen Gewalt den einzelnen Mitgliedstaaten zu und kann die Gemeinschaft nur auf einem verhältnismäßig begrenzten Gebiet, dem der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie, völkerrechtliche Verträge abschließen und eine Kontrolle der auswärtigen Betätigung der Mitgliedstaaten ausüben.

- a) Verträge zwischen Mitgliedstaaten und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen, die vor Inkrafttreten des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft abgeschlossen worden sind

Bei der Gründung einer internationalen Organisation erhebt sich unter anderem die Frage, ob das Recht der Staatengemeinschaft den bereits bestehenden bilateralen Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und außenstehenden Völkerrechtssubjekten vor-

1) Art. 105 bis 106.

2) Art. 103.

3) Art. 102.

4) Vgl. Hahn, „Euratom . . .“, S. 1018/19.

5) Vgl. in bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik Deutschland, Menzel, „Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik“, S. 181 und 206.

geht.<sup>1)</sup> Obwohl Organisationen mit supranationalem Charakter, wie sie die drei Europäischen Gemeinschaften darstellen, eine Reihe bundesstaatlicher Züge aufweisen, kann daraus nicht gefolgert werden, daß die vom Völkerrecht für den Fall der Entstehung eines Bundesstaats entwickelten Grundsätze über das Schicksal bereits bestehender Verträge auch auf die Gründung einer supranationalen Organisation anwendbar sind.<sup>2)</sup> Der Kompetenzbereich der heutigen supranationalen Organisationen ist noch allzusehr beschränkt, um jenen Analogieschluß zu rechtfertigen. Grundsätzlich gelten daher die völkerrechtlichen Abkommen, welche die Mitgliedstaaten einer Staatengemeinschaft vor deren Gründung mit außenstehenden Völkerrechtssubjekten geschlossen haben, weiter. Dies ist ausdrücklich geregelt für die Verträge, welche die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vor der Schaffung der Organisation mit Nicht-Mitgliedern abgeschlossen haben. In Art. 103 der Satzung wird zwar bestimmt, daß im Falle eines Konfliktes die sich aus der Satzung ergebenden Pflichten den Vorrang haben. Das bedeutet aber nicht, daß entgegenstehende Vorschriften nichtig sind. Die betreffenden Mitglieder sollen vielmehr lediglich verpflichtet sein, alles zu unternehmen, um die Aufhebung derartiger mit der Satzung nicht vereinbarer Vertragsvorschriften herbeizuführen.<sup>3)</sup>

Auch der Vertrag über die Gründung der EGKS geht von dem Grundsatz des Fortbestandes früherer Verträge der Mitgliedstaaten mit dritten Völkerrechtssubjekten aus. Dies ergibt sich insbesondere aus Art. 71 Abs. 2, nach dem die Kompetenz der Gemeinschaft auf dem Gebiete der Handelspolitik unter anderem ihre Grenze an den internationalen Abkommen findet, die Mitgliedstaaten mit dritten Völkerrechtssubjekten abgeschlossen haben.<sup>4)</sup> Deutlicher wird dieser Grundsatz in Art. 234 Abs. 1 des EWG-Vertrags ausgesprochen: „Die Rechte und Pflichten aus Übereinkünften, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten einerseits und einem oder mehreren dritten Ländern andererseits geschlossen wurden, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.“

Die Vorschriften des EAG-Vertrags stehen, ohne es allerdings ausdrücklich auszusprechen, in Einklang mit diesem Prinzip. Nach Art. 105 Abs. 1 kann die Durchführung von Abkommen und Vereinbarungen, die ein Mitgliedstaat vor Inkrafttreten des EAG-Vertrags mit einem dritten Staat oder mit einer zwischenstaatlichen Einrichtung abgeschlossen hat, wegen ihrer etwaigen Unvereinbarkeit mit den Vorschriften des Vertrags nicht beanstandet werden, wenn sie binnen 30 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrags der Kommission mitgeteilt worden sind. Diese Bestimmung ist angesichts der Tatsache, daß fast alle EAG-Staaten Partner eines oder mehrerer derartiger Verträge sind, von erheblicher praktischer Bedeutung. So haben insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika mit sämtlichen Mitgliedstaaten außer Luxemburg (so mit Belgien am 15. 6. 1955, mit Frankreich am 19. 6. 1956 und mit der Bundesrepublik Deutschland am 3. 7. 1957) Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie geschlossen.<sup>5)</sup> Ähnliche bilaterale Vertragsverhältnisse bestehen zwischen

1) So Bindschedler, S. 125; vgl. auch Jerusalem, S. 171 ff.

2) Hierzu Münch, S. 319.

3) Vgl. Verdross, S. 131.

4) So auch Jerusalem, S. 170 und Wengler, „Die völkerrechtliche Stellung . . .“, S. 62—64.

5) Vgl. Erler, Bl. 7 R. Der Text des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist bei Erler/Kruse, „Deutsches Atomenergiegesetz“, B 30 Bl. 1 ff. abgedruckt.

Großbritannien und den meisten EAG-Staaten, nämlich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland,<sup>1)</sup> Frankreich und den Niederlanden.

Wenn der Mitgliedstaat der Verpflichtung zur Mitteilung solcher Abkommen an die Kommission nachgekommen ist, bleibt ihm zunächst dieser beschränkte Kreis auswärtiger Angelegenheiten auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie zur eigenen Erledigung. Soweit es sich allerdings um Verträge mit dritten Staaten handelt, ist er nach Art. 106 Abs. 1 verpflichtet, gemeinsam mit der Kommission Verhandlungen mit dem Ziele zu führen, daß der Vertragspartner in die Übertragung der sich aus dem bilateralen Abkommen für den Mitgliedstaat ergebenden Rechte und Pflichten auf die Gemeinschaft und in die Anpassung dieser Rechte und Pflichten an die Vorschriften des EAG-Vertrags einwilligt. Führen die Verhandlungen zu dem gewünschten Erfolg, scheidet der EAG-Staat aus dem Vertragsverhältnis aus und seine Völkerrechtsstellung als Vertragspartner geht auf die EAG über. Im Unterschied zu Art. 234 des EWG-Vertrags bekennt sich Art. 106 des EAG-Vertrags zum Prinzip der einverständlichen Beseitigung eines Widerspruchs zwischen einem bilateralen Abkommen und dem Organisationsvertrag. Während Art. 234 Abs. 2 des EWG-Vertrags etwas unbestimmt von der Anwendung „geeigneter Mittel“ spricht, um die festgestellten Unvereinbarkeiten zu beheben,<sup>2)</sup> und als Beispiele die gegenseitige Hilfeleistung der Mitgliedstaaten und das Einnehmen einer gemeinsamen Haltung nennt, sieht Art. 106 des EAG-Vertrags in Verhandlungen mit dem außenstehenden Partner den einzigen Weg zur Beseitigung etwaiger Kollisionen.

Bis zum erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen bleibt der einzelne Mitgliedstaat aus dem bilateralen Vertrag berechtigt und verpflichtet. Die Gemeinschaft hat die Durchführung des Vertrags zu ermöglichen und alle Maßnahmen zu unterlassen, die dazu führen könnten, daß der Einzelstaat aus einer Nichterfüllung haftbar gemacht wird. Dies gilt allerdings nicht, wenn der Mitgliedstaat seiner Verpflichtung gemäß Art. 105 Abs. 1 nicht nachgekommen ist. In diesem Fall ist es seine Sache, wie er Kollisionen zwischen den Pflichten aus dem EAG-Vertrag und jenen aus dem bilateralen Abkommen vermeidet.

Zu den nach Art. 105 Abs. 1 der Kommission mitzuteilenden Abkommen gehören alle vor dem Inkrafttreten des EAG-Vertrags zustande gekommenen Vereinbarungen, also auch diejenigen, die in dem Zeitraum zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten des Vertrags abgeschlossen worden sind.<sup>3)</sup> Die in Absatz 2 der Vorschrift enthaltene Ausnahme, nach der die Berufung auf nach Unterzeichnung und vor Inkrafttreten des EAG-Vertrags geschlossene Abkommen und Vereinbarungen unzulässig ist, gilt nur für Verträge zwischen einer Person oder einem Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft und einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates. Der EAG-Vertrag geht also nicht davon aus, daß die Partnerstaaten eines völkerrechtlichen Vertrags in der Zeit zwischen dessen Unterzeichnung und Inkrafttreten verpflichtet sind, vertragswidrige Maßnahmen zu unterlassen.<sup>4)</sup> Er steht damit in Widerspruch zu der in der Völkerrechtslehre überwiegend vertretenen Ansicht,<sup>5)</sup> daß die Unterzeichnerstaaten eines Abkommens bis zu seiner etwaigen end-

1) Vertrag vom 31. 7. 1956. Der Text ist bei Erlert/Kruse, aaO., B 32, Bl. 1 ff., abgedruckt.

2) Damit sind allerdings nur Maßnahmen gemeint, die nicht gegen das Völkerrecht verstoßen.

3) Ebenso stellt auch Art. 234 EWG-Vertrag auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags ab.

4) So auch Bernhardt, „Völkerrechtliche Bindungen . . .“, S. 665.

5) Vgl. Bernhardt, aaO., S. 664—667.

gültigen Ablehnung alle Maßnahmen zu unterlassen haben, die mit dem Abkommen nicht vereinbar sind oder seine Durchführung verhindern bzw. erschweren. Demgegenüber hatten die Mitgliedstaaten der EAG — anders als die ihrer Hoheitsgewalt unterworfenen Personen und Unternehmen — auch nach der Unterzeichnung des Vertrags die Möglichkeit, bilaterale Abkommen, die mit dem Vertrag nicht in Einklang standen, abzuschließen.<sup>1)</sup>

Die Mitgliedstaaten, die Partner eines vor Inkrafttreten des EAG-Vertrags geschlossenen bilateralen Abkommens über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie sind, werden durch Art. 106 Abs. 1 nur zu solchen Verhandlungen verpflichtet, die Aussichten auf Erfolg bieten. Dies ergibt sich schon aus dem Wortlaut der Vorschrift („soweit als möglich“). Die Verhandlungen sollen von der Kommission der EAG und den betreffenden Mitgliedstaaten gemeinsam geführt werden. Die daraus hervorgehende Vereinbarung ist ein Vertrag zwischen den Partnern des ursprünglichen Abkommens darüber, daß die EAG, soweit wie möglich, die Rechte und Pflichten aus dem Abkommen übernimmt; er bedarf der mit qualifizierter Mehrheit zu erteilenden Zustimmung des Rates der Gemeinschaft.

Es ist denkbar, daß das Parlament eines Mitgliedstaates die nach dessen Verfassung erforderliche Einwilligung zum Abschluß eines derartigen Abkommens verweigert. Eine solche Weigerung würde einen Verstoß gegen den EAG-Vertrag darstellen; unter der Voraussetzung der Art. 141 oder 142 könnte der Gerichtshof der Gemeinschaft angerufen werden.<sup>2)</sup> Der Gerichtshof hätte den betreffenden Staat, der auch für die Akte seiner Gesetzgebungsorgane verantwortlich ist, zur Eingehung des Vertrags zu verurteilen, ohne daß dieses Urteil allerdings mangels entsprechender Vorschriften des EAG-Vertrags wirksam vollstreckt werden könnte.

Auch der außenstehende Staat aber kann sich weigern, den EAG-Staat aus dem Vertragsverhältnis zu entlassen und die Gemeinschaft als neuen Partner zu akzeptieren. Dies gilt allerdings nicht für den wichtigsten Partner derartiger Verträge, die Vereinigten Staaten von Amerika, die an der Schaffung einer westeuropäischen Kernenergieindustrie interessiert waren und bereits vor Abschluß des EAG-Vertrags den Plan einer europäischen Atomgemeinschaft begrüßten sowie bei seiner Verwirklichung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausgeübt haben. In den bilateralen Verträgen, die vor dem Inkrafttreten des EAG-Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und allen späteren EAG-Mitgliedstaaten außer Luxemburg über die Lieferung spaltbarer Materialien und die Zusammenarbeit bei der friedlichen Auswertung der Kernenergie abgeschlossen wurden, finden sich daher Klauseln, in denen die Übernahme der sich aus den jeweiligen Abkommen für die europäischen Partner ergebenden Rechte und Pflichten durch die noch zu gründende Gemeinschaft unter der Voraussetzung vorgesehen ist, daß die EAG nach Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in der

---

<sup>1)</sup> Dem Verfasser ist allerdings kein Fall bekannt, in welchem ein Mitgliedstaat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat.

<sup>2)</sup> Hierzu Hahn, aaO., S. 1023 Fußnote 75.

Lage ist, den sich aus diesen Abkommen ergebenden Pflichten nachzukommen.<sup>1)</sup> Es kann damit gerechnet werden, daß die Gemeinschaft in ihrer jetzigen Form den von der amerikanischen Regierung gestellten Anforderungen genügt, zumal die Sicherheitsvorschriften des EAG-Vertrags sich eng an die entsprechenden Bestimmungen des Statuts der Internationalen Atomenergiebehörde anlehnen. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch die übrigen Atommächte des Westens in die Übertragung der Rechte und Pflichten der einzelnen EAG-Staaten aus ihren bilateralen Verträgen mit diesen Ländern auf die Gemeinschaft zustimmen werden.<sup>2)</sup>

Nicht alle unter Art. 105 fallenden Verträge müssen zum Gegenstand der in Art. 106 vorgesehenen Verhandlungen gemacht werden. Während Art. 105 von Abkommen und Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten und dritten Staaten oder zwischenstaatlichen Einrichtungen spricht, erwähnt Art. 106 lediglich Abkommen mit dritten Staaten.<sup>3)</sup> Verträge zwischen Mitgliedstaaten und Internationalen Organisationen über Fragen der friedlichen Auswertung der Kernenergie unterliegen daher weiterhin der Disposition der auswärtigen Gewalt der Mitgliedstaaten, ohne daß diese auf eine Übertragung ihrer vertraglichen Rechte und Pflichten auf die Gemeinschaft hinzuwirken brauchen. Allerdings müssen die Mitgliedstaaten auf Grund ihrer Stellung als Partner des EAG-Vertrags und angesichts der sich daraus für sie ergebenden Verpflichtungen bei der Durchführung der Abkommen auf die Ziele der EAG Rücksicht nehmen und ihr Vorgehen mit den von Gemeinschaftsorganen getroffenen Maßnahmen abstimmen, zumal die Gemeinschaft nach Art. 199—201 mit den wichtigsten Internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen, den Organen des GATT sowie mit dem Europarat und der Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, soweit zweckdienlich, Beziehungen zu unterhalten hat.

- b) Verträge zwischen Mitgliedstaaten und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen, die nach Inkrafttreten des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft abgeschlossen werden.

Nach Art. 103 des EAG-Vertrags haben die Mitgliedstaaten der Kommission ihre Entwürfe zu Abkommen und Vereinbarungen mit einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung mitzuteilen, soweit diese Abkommen und Vereinbarungen den

1) Vgl. Fischer, S. 292. — Art. II des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit auf dem Gebiete der zivilen Verwendung der Atomenergie vom 3. Juli 1957 lautet: „Es wird anerkannt, daß Artikel 106 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), welchen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet hat, vorsieht, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Neuverhandlungen über auf dem Gebiet der Atomenergie mit dritten Staaten bestehende Abkommen zu führen bemüht sein werden, sobald der Vertrag in Kraft tritt. Tritt der Vertrag in Kraft und wird zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Abmachung über Zusammenarbeit getroffen, so wäre die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bereit, Maßnahmen dahingehend zu treffen, daß die Europäische Atomgemeinschaft die Rechte und Pflichten der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen übernimmt, vorausgesetzt, daß die Europäische Atomgemeinschaft nach Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Verpflichtungen aus diesem Abkommen in wirksamer und sicherer Weise erfüllen kann.“

2) In Art. XV des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nord-Irland über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie vom 4. 2. 1959 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe in deutscher Sprache, vom 19. 3. 59, 2. Jahrg., Nr. 17, S. 331 ff.) erklärt sich die Regierung des Vereinigten Königreiches zu Verhandlungen im Sinne des Art. 106 des EAG-Vertrags mit jedem Mitgliedstaat, mit dem sie ein bilaterales Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie geschlossen hat, bereit.

3) Vgl. Hahn, „Euratom . . .“, S. 1024.

Anwendungsbereich des EAG-Vertrags berühren. Stellt die Kommission fest, daß Bestimmungen eines Vertragsentwurfs mit dem EAG-Vertrag nicht vereinbar sind, kann gegen ihre Entscheidung nach Art. 146 Abs. 1 der Gerichtshof der Gemeinschaft angerufen werden. Bestätigt dieser die Feststellung der Kommission, darf der betreffende Mitgliedstaat den vorgesehenen Vertrag in der von den beiden Organen der Gemeinschaft abgelehnten Form nicht schließen und muß auf ihn ganz verzichten, wenn der außenstehende Partner mit den nach dem EAG-Vertrag erforderlichen Abänderungen nicht einverstanden ist. Schließt der Mitgliedstaat den Vertrag dagegen ungeachtet der Einwendungen der Kommission oder der Entscheidung des Gerichtshofs in der ursprünglich vorgesehenen Form ab, oder aber kommt er seiner Verpflichtung zur Vorlage des Vertragsentwurfs überhaupt nicht nach, so ist zwar die auf diese Weise zustande gekommene Vereinbarung völkerrechtsgültig,<sup>1)</sup> der Mitgliedstaat hat sich aber einer Verletzung des EAG-Vertrags schuldig gemacht und ist deshalb der Gemeinschaft gegenüber verpflichtet, auf die Aufhebung der mit dem Vertrag nicht zu vereinbarenden Bestimmungen des bilateralen Abkommens hinzuwirken.

Die in Art. 103 den Mitgliedstaaten auferlegte Verpflichtung, der Gemeinschaft den Abschluß völkerrechtlicher Verträge mitzuteilen, ist, wenn man von dem damit verfolgten Zweck absieht, im internationalen Organisationsrecht nicht neu. Nach Art. 18 der Satzung des Völkerbundes hatten die Bundesmitglieder alle von ihnen eingegangenen völkerrechtlichen Verträge dem Generalsekretär vorzulegen, der sie zu registrieren und zu veröffentlichen hatte. Der Wortlaut des Art. 18 läßt sich dahin auslegen, daß die Verträge erst mit ihrer Registrierung Verbindlichkeit erlangen sollten.<sup>2)</sup> Diese weitgehende Bestimmung ist in die Satzung der Vereinten Nationen nicht übernommen worden. Zwar sind auch nach deren Art. 102 die Mitgliedstaaten verpflichtet, jedes völkerrechtliche Abkommen, das sie nach Inkrafttreten der Satzung schließen, beim Sekretariat registrieren und von ihm veröffentlichen zu lassen. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, so wird dadurch zwar die Wirksamkeit des Vertrags nicht berührt, der Vertragsstaat kann sich jedoch nach Art. 102 Abs. 2 der Satzung der Vereinten Nationen gegenüber einem ihrer Organe auf ein derartiges Abkommen nicht berufen.<sup>3)</sup> Im supranationalen Organisationsrecht hatten bereits nach Art. 75 EGKS-Vertrag die Mitgliedstaaten die Hohe Behörde über die Entwürfe von Handelsabkommen zu unterrichten, soweit diese Kohle und Stahl oder die Einfuhr anderer Rohstoffe oder von Spezialausrüstungen, die für die Kohle- und Stahlerzeugung von Bedeutung sind, zum Gegenstand haben. Enthalten diese Abkommen Bestimmungen, die mit dem Vertrag über die Gründung der EGKS nicht vereinbar sind, so kann die Hohe Behörde an den betreffenden Mitgliedstaat innerhalb einer bestimmten Frist Empfehlungen richten. Die Rechtswirkung derartiger Empfehlungen ergibt sich aus Art. 14 Abs. 3 EGKS-Vertrag. Danach sind die von der Hohen Behörde ausgesprochenen Empfehlungen hinsichtlich der von ihnen bestimmten Ziele verbindlich. Sie überlassen jedoch den jeweiligen Adressaten die Wahl der für die Erreichung dieser Ziele geeigneten Mittel. Dagegen legt Art. 103 EAG-Vertrag unmittelbar fest, daß der Mitgliedstaat den beab-

1) So auch Bindschedler, S. 254, Fußnote 72.

2) Vgl. Verdross, S. 142/143.

3) Hierzu Verdross, S. 143 und Zemanek, S. 77—78.

sichtigten Vertrag erst abschließen kann, wenn die Bedenken der Kommission durch ein Urteil des Gerichtshofs oder eine Abänderung des Entwurfs beseitigt worden sind.

- c) Verträge zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und einem oder mehreren Mitgliedstaaten auf der einen und dritten Staaten oder Internationalen Organisationen auf der anderen Seite.

Nach Art. 102 treten mit dritten Staaten oder Internationalen Organisationen eingegangene Verträge, an denen außer der Gemeinschaft ein oder mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind, erst in Kraft, wenn alle beteiligten Mitgliedstaaten der Kommission mitgeteilt haben, daß diese Verträge nach den Vorschriften ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung anwendbar geworden sind. Eine Ratifikation dieser Verträge ist also auch im Verhältnis zwischen den Mitgliedern und der Gemeinschaft erforderlich.

Eine weitere Befugnis zur Kontrolle über die Ausübung der Kompetenzen, die den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie verblieben sind, räumt Art. 102 der Gemeinschaft nicht ein. Hinsichtlich der in dieser Vorschrift genannten Verträge ist eine solche Kontrollbefugnis auch überflüssig, denn die Gemeinschaft wirkt ja selbst bei dem Abschluß dieser Verträge mit und kann auf die Gestaltung des Vertragsinhalts Einfluß nehmen. Lehnt die Gemeinschaft hingegen die Teilnahme an einem solchen Vertragsverhältnis ab, so kann der betreffende Mitgliedstaat den Vertrag zwar allein abschließen, er muß aber dabei das in Art. 103 vorgesehene Verfahren einhalten.

#### d) Der Beitritt dritter Staaten zur Europäischen Atomgemeinschaft

Soll der Kreis der an einem völkerrechtlichen Vertragsverhältnis teilnehmenden Rechtssubjekte erweitert werden, so genügt hierzu nach allgemeinem Völkerrecht eine Vereinbarung zwischen den bisherigen Vertragspartnern und dem neu hinzukommenden Staat.<sup>1)</sup> Demgegenüber vollzieht sich die Aufnahme eines dritten Staates in die EAG in einem zweistufigen Verfahren. Nach Art. 205 Abs. 1<sup>2)</sup> hat der seine Aufnahme in die Gemeinschaft beantragende Staat den Antrag an den Rat zu richten. Dieser beschließt darüber einstimmig, nachdem er zuvor die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat. Nach Art. 205 Abs. 2 werden die Aufnahmebedingungen und die erforderlich werdenden Anpassungen des EAG-Vertrags durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten. Dabei ergibt sich aus dem Wortlaut dieser Vorschrift, daß die Mitgliedstaaten bei der Aushandlung des Aufnahmeabkommens zwar gemeinsam, bei seiner Ratifizierung dagegen gesondert auftreten.

Die grundsätzliche Entscheidung darüber, ob ein dritter Staat in die EAG aufgenommen werden soll, wird somit von einem Organ der Gemeinschaft getroffen. Zwar wird diese Befugnis nicht von der unabhängigen Kommission, sondern von dem mit weisungsgebundenen Vertretern der nationalen Regierungen beschickten Rat wahrgenommen. Er wird hier aber als Organ der EAG tätig und hat bei seinen Beratungen den Interessen der Gemeinschaft ein stärkeres Gewicht beizulegen, als den nationalen Interessen der

1) Vgl. Mosler, „Die Aufnahme . . .“, S. 303.

2) Art. 205 stimmt mit Art. 237 des EWG-Vertrags wörtlich überein.

einzelnen Mitgliedstaaten. Stimmt der Rat dem Beitritt eines in die Gemeinschaft aufzunehmenden Staates ohne Gegenstimme zu, so werden die Mitgliedstaaten hierdurch zwar juristisch nicht gebunden,<sup>1)</sup> jedoch politisch festgelegt.

Ein der Präambel des EWG-Vertrags entsprechender Passus, daß die anderen Völker Europas aufgefordert werden, „sich diesen Bestrebungen anzuschließen“, findet sich im EAG-Vertrag nicht. Dennoch legt auch er den Mitgliedstaaten eine aufnahmefreundliche Haltung nahe, wie dies sich schon aus den mit der Gründung der EAG verfolgten Absichten ergibt. Die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten haben mehrfach ihren Wunsch geäußert, das begonnene Einigungswerk, wie es sich in den drei supranationalen Organisationen darstellt, auf andere europäische Länder auszudehnen. Art. 205 Abs. 1 bestimmt daher, daß jeder europäische Staat beantragen kann, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Dabei muß der Begriff „europäisch“ in seinem geographischen Sinne verstanden werden.<sup>2)</sup> Der Vertragszweck ist dahin zu deuten, daß bei einer Neuaufnahme sowohl die beteiligten Organe der EAG — der Rat, der seine Zustimmung zu erteilen hat und die Kommission, deren Stellungnahme zuvor einzuholen ist — als auch die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten dem Beitritt dieser Länder keinerlei Hindernisse in den Weg legen sollen, die sich nicht aus den Zielen und Aufgaben der Gemeinschaft oder der freiheitlichen Gesellschaftsordnung der an ihr beteiligten Staaten ergeben.

Im Falle des Beitritts eines neuen Mitgliedstaates sollen gemäß Art. 205 Abs. 2 dessen Aufnahmebedingungen und die erforderlich werdenden Anpassungen des Vertrags durch ein Abkommen geregelt werden. Als Aufnahmebedingungen kommen nur solche Verbindlichkeiten in Betracht, die mit den Zielen des EAG-Vertrags in Einklang stehen und die Stellung des Staates als gleichberechtigtes Mitglied gegenüber den übrigen Vertragsstaaten nicht beeinträchtigen.<sup>3)</sup> Den durch den Beitritt erforderlich werdenden Anpassungen des EAG-Vertrags kommt angesichts der komplizierten Verteilung der Sitze und Stimmen in den Organen der Gemeinschaft auf die einzelnen Mitgliedstaaten besondere Bedeutung zu. Der Beitritt eines dritten Staates hat zur Folge, daß die Stimmen im Rat neu verteilt werden müssen, wobei der Grundsatz einzuhalten ist, daß in dem Stimmenverteilungssystem die unterschiedliche Größe und die verschiedenartige wirtschaftliche und finanzielle Kapazität der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommen soll. Eine neue Sitzverteilung wäre für die Versammlung notwendig, deren Sitze zahlenmäßig auf die einzelnen EAG-Staaten in einem bestimmten Verhältnis verteilt sind. Dagegen kann die Zusammensetzung der Kommission auch nach der Aufnahme dritter Staaten beibehalten werden. Wird jedoch eine Vergrößerung ihrer Mitgliederzahl für erforderlich erachtet, so genügt ein einstimmiger Ratsbeschluß,<sup>4)</sup> einer Abänderung des EAG-Vertrags bedarf es nicht. Ebenso genügt auch ein einstimmig gefaßter Beschluß des Ministerrats für eine Erhöhung der Anzahl der Richter des Gerichtshofes.<sup>5)</sup> Die durch das Abkommen über gemeinsame Organe herbeigeführte enge Verflechtung der drei supranationalen europäischen Gemeinschaften hat zur Folge, daß die Aufnahme eines dritten Staates in eine der drei Organisationen ohne seine gleichzeitige Aufnahme

1) Art. 98 des EGKS-Vertrags geht in diesem Fall weiter, indem er einen einstimmigen Beschluß des Ministerrates für die Aufnahme jedes europäischen Staates genügen läßt.

2) Vgl. Mosler, „Die Aufnahme . . .“, S. 285.

3) Vgl. Mosler, aaO., S. 292.

4) Vgl. Art. 126.

5) Art. 137.

in die beiden anderen nicht möglich sein wird, da jeder Beitritt die Abänderung der Mitgliederzahl des Europäischen Parlaments und der Zusammensetzung des Gerichtshofes notwendig macht. Würde sich dennoch die Erweiterung einer einzigen oder von zweien der drei Gemeinschaften als unerlässlich erweisen, so müßte die Zusammenlegung der Versammlungen rückgängig gemacht und die Gestaltung des Gerichtshofs der Gemeinschaft geändert werden.<sup>1)</sup>

e) Sonstige Befugnisse der Gemeinschaft zur Mitwirkung bei der Ausübung auswärtiger Gewalt der Mitgliedstaaten

Weitere Vorschriften, die der Gemeinschaft ein Recht zur Mitwirkung bei der Ausübung auswärtiger Gewalt der Mitgliedstaaten auf dem Vertragsgebiet ausdrücklich einräumen, enthält der EAG-Vertrag nicht. Daß der EAG jedoch Mitwirkungs- und Kontrollbefugnisse auch hinsichtlich der Vorbereitung der durch die Spezialvorschriften nicht erfaßten Akte ihre Mitgliedstaaten gegenüber dritten Staaten und Internationalen Organisationen im Anwendungsbereich des EAG-Vertrags zustehen, folgt aus der vergleichenden Zusammenstellung der Vorschriften des Vertrags, die sich mit den auswärtigen Befugnissen der EAG befassen, sowie aus dem Umstand, daß die Gemeinschaft im gesamten Bereich der internationalen Beziehungen, welche die friedliche Verwendung der Kernenergie zum Gegenstand haben, entweder eigene formelle auswärtige Gewalt oder zumindest Kontrollfunktionen ausüben soll. Hier sind daher die für das Vertragsschließungsrecht geltenden Grundsätze entsprechend anzuwenden.

Dies gilt vor allem für diejenigen den Anwendungsbereich des EAG-Vertrags berührenden Abkommen und Vereinbarungen, welche die Mitgliedstaaten nach dem Inkrafttreten des Vertrags untereinander abschließen. Diese Abkommen können nur mit Zustimmung des für die jeweiligen Materie zuständigen Organs der Gemeinschaft abgeschlossen werden.<sup>2)</sup> Dies ergibt sich aus der Pflicht der einzelnen Mitgliedstaaten zur Vertragstreue, insbesondere aus der auf ihrer Stellung als Partner des EAG-Vertrags beruhenden Verpflichtung, der Existenz der Gemeinschaft und den von ihr auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie verfolgten Zielen Rechnung zu tragen.

IV. Die auswärtige Gewalt auf den einzelnen im Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft geregelten Sachgebieten

1. Förderung der Forschung und Verbreitung der Kenntnisse (Kapitel I und II des Vertrags)

Die Überzeugung, daß nur eine Zusammenfassung sämtlicher in den einzelnen EAG-Staaten vorhandenen Potenzen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet diesen Staaten eine Chance gibt, den Vorsprung der Weltmächte im Bereich der friedlichen Verwendung der Kernenergie einzuholen oder mindestens zu verkleinern, hat bei der Gründung der EAG eine wesentliche Rolle gespielt.<sup>3)</sup> Eine schnelle Entwicklung der Kernindustrie ist in noch höherem Maße, als dies bei anderen Industriezweigen der Fall ist, von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und Ausbildung abhängig. Die Förderung der Forschung und die Verbreitung ihrer Erkenntnisse ist daher eine der

1) Mosler, „Die Aufnahme . . .“, S. 317.

2) Vgl. Hahn, „Euratom . . .“, S. 1029.

3) Vgl. „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, Teil F—G, y 21 Bl. 2.

wichtigsten Aufgaben der Gemeinschaft.<sup>1)</sup> Die Erfüllung dieser Aufgabe soll auf zwei Wegen erfolgen, nämlich einmal durch Unterstützung der in den Mitgliedstaaten geleisteten wissenschaftlichen Arbeit, zum anderen durch Aufstellung und Durchführung eines eigenen Forschungs- und Ausbildungsprogramms.

Die Gemeinschaft wird eine Reihe von Kenntnissen, die sie für die Verwirklichung ihrer Ziele benötigt, in absehbarer Zeit nur von den außerhalb der Organisation stehenden Ländern erlangen können, die bereits erhebliche und mit hohen Ausgaben verbundene Anstrengungen auf dem Gebiete der Kernenergie unternommen haben. Auch im Rahmen ihres eigenen Forschungsprogramms hat die EAG die Möglichkeit, sich die aus einer internationalen Arbeitsteilung erwachsenden Vorteile zunutze zu machen. Nach Art. 10 ist die Kommission befugt, außenstehende Staaten oder zwischenstaatliche Einrichtungen mit der Durchführung bestimmter Teile dieses Programms zu betrauen. Die hierzu erforderlich werdenden Abkommen kann sie gemäß Art. 101 Abs. 3 ohne vorherige Zustimmung des Rates abschließen. Dies ergibt sich aus Art. 7 Abs. 4, nach dem die Kommission für die Durchführung des Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Gemeinschaft allein zuständig ist und dem Rat hierüber nur jährlich Bericht zu erstatten hat.

Verträge und Abkommen über den Austausch wissenschaftlicher oder gewerblicher Kenntnisse auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie zwischen einem Mitgliedstaat oder einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einem dritten Staat oder einer Internationalen Organisation oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits sind gemäß Art. 29 Abs. 1 von der Kommission abzuschließen, falls sie bei einer Partei die Unterzeichnung durch einen Staat in Ausübung seiner Hoheitsrechte erfordern. Nach Abs. 2 dieser Vorschrift kann allerdings die Kommission den beteiligten Mitgliedstaat oder die Person oder das Unternehmen ermächtigen, ein derartiges Abkommen unter Einhaltung des in Art. 103 und 104 vorgesehenen Verfahrens selbst abzuschließen. Diese Bestimmung verleiht der Kommission eine monopolartige Stellung bei der Beschaffung von wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen aus Ländern und Organisationen außerhalb der Gemeinschaft, die umso bedeutungsvoller ist, als zur Zeit und wohl auch in Zukunft alle Staaten die auf ihrem Hoheitsgebiet geleistete wissenschaftliche Arbeit, soweit sie sich mit der Entwicklung und Auswertung der Kernenergie befaßt, einer mehr oder weniger scharfen Kontrolle unterziehen, und Informationen hierüber nicht ohne ihre Mitwirkung oder Zustimmung an ausländische Partner weitergegeben werden. Der Abschluß derartiger Informationsabkommen fällt grundsätzlich in die Zuständigkeit der Kommission, die auch hierüber den Rat nur nachträglich zu informieren braucht. Art. 29 festigt die Stellung der Kommission innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.<sup>2)</sup>

Die Kommission hat nach Art. 29 Abs. 2 das Recht, Ausnahmen von diesem Abschlußmonopol zuzulassen. Diese Möglichkeit wurde der Kommission für den Fall offengelassen, daß der außenstehende Partner das Informationsabkommen nicht mit der Gemeinschaft selbst abschließen will. In diesem Fall kann sie, um die Informationen dennoch einen Teil der innerhalb des Hoheitsgebietes der EAG-Staaten arbeitenden Wissenschaftlern zugänglich zu machen, einen Mitgliedstaat, ein Unternehmen oder eine Person zum Abschluß des Abkommens ermächtigen, wobei das in Art. 103 und 104 vor-

1) Ballreich, S. 42.

2) Hierzu Hahn, „Euratom . . .“, S. 1031/32.

gesehene Verfahren eingehalten werden muß. Der Kommission ist also der Entwurf des Informationsabkommens vorzulegen, damit sie ihn auf seine Vereinbarkeit mit den Zielen der Gemeinschaft überprüfen und gegebenenfalls abändern sowie darüber wachen kann, daß sich durch das Informationsabkommen kein dem Gemeinschaftsrecht unterworfenen Partner seinen Verpflichtungen aus dem EAG-Vertrag entzieht.

Bereits im Verlaufe des ersten Jahres des Bestehens der Gemeinschaft ist eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika als demjenigen Lande der westlichen Welt, das bei der Entwicklung und Auswertung der Atomenergie am weitesten vorangeschritten ist, in die Wege geleitet worden. In Artikel II des Abkommens vom 8. November 1958<sup>1)</sup> ist die Aufstellung eines gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogrammes vorgesehen, das sich über einen Zeitraum von 10 Jahren erstrecken soll. In Artikel VIII ist ein Zusammenwirken zwischen der Kommission und der United States Atomic Energy Commission bei der Aufstellung von Ausbildungsprogrammen vereinbart worden. Nach Satz 2 dieser Bestimmung können die Parteien unter beiderseits genehmen Bedingungen ihre Einrichtungen einschließlich derjenigen, die den Ausbildungserfordernissen entsprechen, einander zur Verfügung stellen. Ebenso ist auch in dem Abkommen zwischen der EAG und Großbritannien<sup>2)</sup> ein regelmäßiger Austausch von Informationen sowie die gegenseitige Gewährung von Ausbildungsmöglichkeiten vorgesehen.

## 2. Strahlenschutz und Überwachung der Sicherheit (Kapitel III und VII des Vertrags)

Der Umgang mit Kernstoffen bringt große Gefahren mit sich. Hinzu kommt die Möglichkeit der mißbräuchlichen Verwendung dieser Stoffe. Der EAG-Vertrag sieht daher in seinen Kapiteln III (Artikel 30 bis 44) und VII (Artikel 77 bis 85) eine Reihe von Schutzmaßnahmen vor, durch die alle denkbaren Schäden vermieden werden sollen.<sup>3)</sup> Zweck der Bestimmungen des Kapitels III ist es, die Bevölkerung und insbesondere diejenigen Personen, die bei der friedlichen Auswertung der Atomenergie beschäftigt werden, vor der Gefahr der radioaktiven Verseuchung zu schützen. Art. 30 verpflichtet die Gemeinschaft zur Festsetzung von Grundnormen für den Gesundheitsschutz, deren Durchführung durch die Mitgliedstaaten zu sichern ist. Die Natur der dort behandelten Materie macht eine enge internationale Zusammenarbeit unumgänglich. Der Gesundheitsschutz ist eine Aufgabe, deren Erfüllung für die Bevölkerung innerhalb wie außerhalb der EAG gleichermaßen dringlich ist. Die Gemeinschaft wird daher auf diesem Gebiete vor allem mit einer Reihe anderer Internationaler Organisationen wie mit der im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit errichteten Europäischen Kernenergieagentur, der Internationalen Atomenergiebehörde und der Internationalen Arbeitsorganisation zusammenzuarbeiten haben.<sup>4)</sup> Etwaige internationale Strahlenschutzvereinbarungen sind für den Zuständigkeitsbereich der EAG von der Kommission abzuschließen. An solchen Vereinbarungen können, soweit dies sachdienlich ist, auch einzelne oder alle Mitgliedstaaten beteiligt werden, wobei das in Art. 102 vorgesehene Verfahren zur Anwendung kommt.

1) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe in deutscher Sprache, 2. Jahrg. Nr. 17, 19. März 1959, S. 309 ff.

2) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, aaO., S. 331 ff.

3) Vgl. Ballreich, S. 49/50.

4) Siehe „Erster Gesamtbericht . . .“, S. 78/79.

Die in Kapitel VII vorgesehenen Maßnahmen sollen eine mißbräuchliche Verwendung von Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Materialien verhindern.<sup>1)</sup> Außerdem soll die Durchführung der in internationalen Verträgen übernommenen Verpflichtungen zur Vornahme von Sicherheitskontrollen gewährleistet werden. Beide Aufgaben obliegen nach Art. 77 der Kommission. Als möglicher Partner der dort unter anderem erwähnten Vereinbarungen zwischen der Gemeinschaft und einer zwischenstaatlichen Einrichtung kommt insbesondere die Internationale Atomenergiebehörde in Frage.<sup>2)</sup> Im übrigen werden solche Kontrollverpflichtungen vor allem in Versorgungsabkommen enthalten sein. So wird in Artikel XII des Abkommens über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie der Gemeinschaft die Verantwortung für die Überwachung der Verwendung aller auf Grund des Abkommens zur Verfügung gestellten Materialien, Ausrüstungsgegenstände und Vorrichtungen und der aus ihnen hervorgegangenen Kernstoffe übertragen.<sup>4)</sup> In Absatz E wird die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der EAG und den Vereinigten Staaten davon abhängig gemacht, daß die Gemeinschaft ein wirksames Kontrollsystem errichtet, das den in einer Anlage niedergelegten Grundsätzen entsprechen soll. Während sich in den früheren bilateralen Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den jetzigen EAG-Mitgliedstaaten die amerikanische Regierung ein einseitiges Überwachungsrecht vorbehalten hat,<sup>3)</sup> ist in dem Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie die Gemeinschaft mit den für notwendigen Kontrollen betraut worden.

Ebenso sieht Artikel XIII des Abkommens mit Großbritannien eine Überwachung des Gebrauchs der auf Grund dieses Abkommens gelieferten Materialien und Ausrüstungen sowie der bei ihrer Verwendung gewonnenen Ausgangs- und besonderen Kernstoffe durch die Gemeinschaft entsprechend dem durch den EAG-Vertrag geschaffenen Überwachungssystem vor.

Auch auf dem Gebiet der Sicherheitskontrolle eröffnet sich für die Gemeinschaft ein weites Feld für die Entfaltung ihrer auswärtigen Gewalt. Neben der EAG haben allerdings die einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin die Befugnis, völkerrechtliche Vereinbarungen über die Vornahme oder Duldung von Sicherheitskontrollen zu schließen.

1) Hierzu „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, Teil F—G, y 21, Bl. 12.

2) Vgl. Berié-Miller, Anm. 3 zu Art. 77.

3) Art. XII Abs. A lautet: „Die Gemeinschaft übernimmt die Verantwortung für die Errichtung und Anwendung eines Sicherungs- und Überwachungssystems, durch das in höchstmöglichem Maße gewährleistet werden soll, daß alle gemäß diesem Abkommen zur Verfügung gestellten Materialien, Ausrüstungsgegenstände oder Vorrichtungen sowie alles aus der Verwendung dieser Materialien, Ausrüstungsgegenstände und Vorrichtungen herrührende Ausgangs- oder besondere Kernmaterial lediglich zu friedlichen Zwecken Verwendung findet. Bei der Errichtung und Anwendung ihres Sicherungs- und Überwachungssystems ist die Gemeinschaft bereit, zwecks Errichtung eines Systems, das in angemessener Weise mit der Internationalen Atomenergieorganisation vereinbar ist, in Konsultation und Erfahrungsaustausch mit der Internationalen Atomenergieorganisation einzutreten. Zwischen der Gemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika besteht Einvernehmen darüber, daß die Grundsätze, nach denen die Errichtung und das Arbeiten eines beiderseits befriedigenden Sicherungs- und Überwachungssystems nach diesem Abkommen erfolgt, in Anlage „B“ zu diesem Abkommen niedergelegt sind. Die Gemeinschaft ist für die Errichtung und Unterhaltung eines beiderseits befriedigenden und wirksamen Sicherungs- und Überwachungssystems verantwortlich, das den in Anlage „B“ zu diesem Abkommen niedergelegten Grundsätzen entspricht.“

4) Vgl. hierzu Fischer, S. 292.

### 3. Investitionen und gemeinsame Unternehmen (Kapitel IV und V des Vertrags)

Nach Art. 2 c des EAG-Vertrags hat die Gemeinschaft die für die Entwicklung einer Kernindustrie erforderlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dagegen soll sie, wie sich aus Kapitel IV ergibt, nicht selbst in diesen Entwicklungsprozeß eingreifen. Die Tätigkeit der Kommission beschränkt sich vielmehr nach Art. 40 auf die Aufstellung sogenannter „hinweisender Programme“. Alle Personen und Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft haben gemäß Art. 41 der Kommission hierfür diejenigen Investitionsvorhaben mitzuteilen, die mit der friedlichen Verwendung der Kernindustrie in Zusammenhang stehen. Will die EAG den beim Aufbau der Kernindustrie entstehenden finanziellen Bedürfnissen Rechnung tragen, kann sie ohne internationale Verträge, insbesondere solche über die Aufnahme von Anleihen, nicht auskommen. Der Rat hat gemäß Art. 172 Abs. 4 die Richtlinien festzulegen, nach denen die Finanzierungsabkommen von der Kommission ausgehandelt werden sollen.<sup>1)</sup> Derartige Vereinbarungen können sowohl in der Form des völkerrechtlichen Vertrags als auch in privatrechtlicher Form geschlossen werden. Auf dem Gebiet der internationalen Finanz- und Wirtschaftshilfe ist in letzter Zeit eine zunehmende Tendenz zu beobachten, zwischenstaatliche Anleihe- und Subventionsverträge in privatrechtliche Formen zu kleiden, was teils durch die Natur des Vertragsgegenstandes bedingt ist, teils zur Entschärfung und Neutralisierung politischer Fragen geschieht.<sup>2)</sup> Für die rechtliche Einordnung in das EAG-Vertragssystem ergeben sich aus der Wahl der Vertragsform keine Schwierigkeiten, da in Art. 101 ff. der Abschluß sowohl völkerrechtlicher als auch dem Völkerrecht nicht unterliegender Verträge gemeinsam geregelt wird.

In Kapitel V sieht der EAG-Vertrag die Schaffung sogenannter gemeinsamer Unternehmen vor, die für die Entwicklung der Kernindustrie in der Gemeinschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind und nach Maßgabe der Art. 45 ff. des EAG-Vertrags errichtet werden können. An der Finanzierung und Geschäftsführung solcher Unternehmen können, falls dies sachdienlich erscheint, auch dritte Staaten und Internationale Organisationen beteiligt werden. Diese Beteiligung setzt ein Abkommen voraus, zu dessen Abschluß die Kommission gemäß Art. 47 Abs. 4 b der einstimmig beschlossenen Genehmigung des Rates bedarf.

### 4. Der gemeinsame Markt auf dem Gebiete der Kernkraft (Kapitel IX des Vertrags)

Die Bestimmungen des EAG-Vertrags über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes auf dem Gebiet der Kernkraft (Art. 92—100) stellen eine Vorwegnahme des nach dem EWG-Vertrag zu errichtenden umfassenden gemeinsamen Marktes dar. Die Einführung der Freizügigkeit des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes stoßen angesichts der Tatsache, daß der Aufbau einer Kernindustrie in den Mitgliedstaaten erst begonnen hat, auf weniger Schwierigkeiten, als dies bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes im Rahmen der EWG der Fall ist.<sup>3)</sup> Kapitel IX verpflichtet die Mitgliedstaaten zum Abbau aller gegenseitigen Zölle für Kernstoffe und zur Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs

1) Hierzu Hahn, „Euratom . . .“, S. 1033.

2) Hierzu Stüben, S. 76 ff.

3) Hierzu Ballreich, S. 51 und „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, Teil F—G, y 21, Bl. 14 R.

innerhalb eines Jahres. Zwar fehlen in diesem Kapitel Vorschriften, die sich ausdrücklich mit der auswärtigen Gewalt der Gemeinschaft befassen. Bei der Gestaltung des jeweiligen Außenzolltarifs kann es sich aber als notwendig erweisen, völkerrechtliche Verträge abzuschließen. Auch hier bieten sich nach den allgemeinen Bestimmungen des EAG-Vertrags über die auswärtige Gewalt auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Kernenergie wiederum zwei Möglichkeiten an: Die in Frage kommenden Verträge können entweder von der Gemeinschaft selbst oder von den einzelnen Mitgliedstaaten ausgehandelt und abgeschlossen werden, die hierbei die von der Gemeinschaft auf diesem Sachgebiet verfolgte Politik zu berücksichtigen und das in Art. 103 vorgesehene Verfahren einzuhalten haben.

#### 5. Die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und spaltbaren Materialien und die Regelung der Eigentumsverhältnisse an diesen Stoffen (Kapitel VI und VIII des Vertrages)

Die in Art. 52 bis 76 enthaltene Regelung der Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Materialien soll die Kontrolle über die Verwendung dieser Stoffe erleichtern. Außerdem soll allen in Betracht kommenden Verbrauchern gleicher Zugang zu den Kernstoffen eingeräumt werden.<sup>1)</sup> Zu diesem Zweck ist das Prinzip der zentralen Versorgung im EAG-Vertrag verankert. Kapitel VI sieht die Schaffung einer Agentur vor, die unter anderem den gesamten Export und Import von Erzen, Ausgangsstoffen und spaltbaren Materialien durchzuführen hat.<sup>2)</sup> Sie ist mit Rechtspersönlichkeit und finanzieller Autonomie ausgestattet (Art. 54) und verfügt über das fast ausschließliche Recht, Verträge über die Lieferung dieser Stoffe mit Partnern außerhalb der Gemeinschaft abzuschließen (Art. 64). Die Tätigkeit der Agentur hat nach den Regeln kaufmännischer Geschäftsführung zu erfolgen (Art. 54). Mit der Schaffung dieses Monopols ist man dem Beispiel der führenden Atomkräfte des Westens gefolgt, die den Export und Import von Ausgangs- und Kernbrennstoffen ebenfalls durch eine unter öffentlicher Aufsicht stehende Organisation durchführen lassen.<sup>3)</sup>

Es erhebt sich die Frage, ob die Abkommen und Vereinbarungen, welche die Agentur zu den genannten Zwecken mit dritten Staaten und Internationalen Organisationen abschließt, völkerrechtliche Verträge sind, ob also die Agentur beim Abschluß dieser Verträge formelle auswärtige Gewalt der EAG ausübt. Die Agentur kann nicht als ein Organ der Gemeinschaft angesehen werden,<sup>4)</sup> sondern hat die Stellung einer selbständigen juristischen Person. Dies folgt aus Art. 54 Abs. 1, nach dem der Agentur Rechtspersönlichkeit und finanzielle Autonomie zukommt. Schon hieraus ergibt sich, daß sie nicht in der Lage ist, völkerrechtliche Rechte und Pflichten für die Gemeinschaft zu begründen. Nach Art. 53 übt sie ihre Tätigkeit unter der Aufsicht der Kommission aus; insbesondere bedarf gemäß Art. 63 Abs. 1 c die Ausfuhr spaltbarer Materialien in jedem Fall der Genehmigung der Kommission. Nach Art. 64 wird die Agentur beim Abschluß von Lieferungsverträgen mit Partnern außerhalb der EAG im Rahmen der

1) Vgl. „Erster Gesamtbericht . . .“, S. 65, Ballreich, S. 48 und „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, Teil F—G, y 21, Bl. 8 R.

2) Die Agentur ist inzwischen errichtet worden und hat eine Satzung erhalten. Vgl. Satzung der EAG — Versorgungsagentur vom 6. November 1958, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1958, S. 534.

3) „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, aaO.

4) So auch mit anderer Begründung Berié-Miller, Anmerkung 1 zu Art. 53.

zwischen der Gemeinschaft und einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung bestehenden Abkommen tätig, zu deren Abschluß allein die Kommission befugt ist.<sup>1)</sup> Die Feststellung, daß die Agentur völkerrechtliche Rechte und Pflichten für die Gemeinschaft nicht zu begründen vermag, steht im Einklang mit den bereits dargelegten Grundsätzen des Kapitels X, nach denen die Kommission als das völkerrechtliche Repräsentationsorgan der EAG die fast ausschließliche Befugnis innehat, für die Gemeinschaft völkerrechtliche Verträge abzuschließen und sonstige völkerrechtswirksame Handlungen vorzunehmen. Auch die völkerrechtliche Rechtsprechung über die Stellung staatlicher und anderer mit monopolartigen Funktionen ausgestatteter öffentlicher Handelsorganisationen gegenüber dritten Staaten bestätigt diese Feststellung. Danach braucht diesen Organisationen von fremden Staaten keine Exterritorialität eingeräumt zu werden, da sie nicht als Träger von Hoheitsrechten anzusehen sind, sondern lediglich kommerzielle Funktionen ausüben.<sup>2)</sup> Auch die Durchführung der kommerziellen Aufgaben der im Rahmen der EAG geschaffenen Agentur vollzieht sich auf dem Boden des Privatrechts. Soweit zu Versorgungszwecken völkerrechtliche Abkommen geschlossen werden müssen, geschieht dies durch die Kommission. Diese braucht, da die Versorgung über die finanziell autonome und von dem jährlichen Haushaltsplan der Gemeinschaft unabhängige Agentur abgewickelt wird, über Vertragsabschlüsse den Rat nur nachträglich zu informieren.<sup>3)</sup> Ebenso hat die Kommission, wenn sich dies als notwendig erweist, durch Verträge mit dritten Staaten die freie Ausübung der Tätigkeit der Agentur auf dem Hoheitsgebiet der betreffenden Staaten zu sichern.

Der Abschluß von Abkommen und Vereinbarungen zwischen einem Mitgliedstaat, einem Unternehmen oder einer Person im Bereich des EAG-Vertrags und einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates, welche die Lieferung von unter die Zuständigkeit der Agentur fallenden Erzeugnissen zum Gegenstand haben, bedarf nach Art. 73 der vorherigen Zustimmung der Kommission. Der Vermeidung von Kollisionen, die aus der Kompetenzverteilung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie entstehen können, dient zwar grundsätzlich das in Art. 103 vorgesehene Verfahren. Die auf Grund dieser Vorschrift von der Gemeinschaft ausgeübte Kontrolle wird aber durch Art. 73 hinsichtlich der Versorgungsabkommen der Mitgliedstaaten verschärft. Während nämlich gemäß Art. 103 die Kommission gegen die Eingehung völkerrechtlicher Verträge nur einschreiten kann, wenn ein solcher Vertrag die Anwendung des EAG-Vertrags beeinträchtigen würde, bedarf der Abschluß der in Art. 73 bezeichneten Abkommen generell der vorherigen Zustimmung der Kommission. In der praktischen Auswirkung besteht zwischen den beiden Vorschriften allerdings kein großer Unterschied; die allgemein gehaltene Fassung des Art. 103 Abs. 2 läßt erkennen, daß auch die hier vorgesehene Prüfung einem Zustimmungsverfahren nahekommt.

In Kapitel VII des EAG-Vertrags werden das Eigentum sowie die Nutzungs- und Verbrauchsrechte an besonderen spaltbaren Stoffen geregelt. Obwohl das Kapitel keine Vorschriften enthält, die sich ausdrücklich mit der auswärtigen Gewalt der EAG befassen, hat die Regelung Auswirkungen auch auf die Beziehungen der Gemeinschaft zu

1) Vgl. Hahn, „Euratom“, S. 1034/35.

2) Vgl. Oppenheim, S. 265, Nr. 3 und Verdross, S. 261 sowie die dort angegebene Rechtsprechung.

3) Art. 101, Abs. 3.

außenstehenden Völkerrechtssubjekten. Nach Art. 86 des EAG-Vertrags sind die besonderen spaltbaren Stoffe, soweit sie innerhalb der Mitgliedstaaten erzeugt oder in diese eingeführt worden sind, Eigentum der Gemeinschaft. Diese Bestimmung ist auch für die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Gebiet der Auswertung der Atomenergie unter dem Gesichtspunkt von Interesse, daß ein internationales Sicherheitssystem zur Verhinderung mißbräuchlicher Verwendung der Kernenergie erforderlich werden wird. Die Errichtung eines derartigen Systems, dessen Regelung seitens der Gemeinschaft durch die Kommission erfolgt, ist einfacher zu erreichen, wenn die in Frage kommenden Materialien — wie im Falle der EAG — sich in der Verfügungsgewalt einer übernationalen Organisation befinden.<sup>1)</sup> Die Übertragung des Eigentums an den Kernstoffen auf die Gemeinschaft mag insbesondere dazu beitragen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika auf ihre Rechte zur direkten Inspektion über die aus ihrem Hoheitsgebiet stammenden spaltbaren Materialien, die sie sich in den bilateralen Abkommen mit den einzelnen Mitgliedstaaten vorbehalten haben, verzichten oder diese Rechte auf die Gemeinschaft übertragen; in dem Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft hat die amerikanische Regierung sich derartige Rechte tatsächlich nicht mehr einräumen lassen. Die in Art. 86 getroffene Eigentumsregelung stimmt mit den entsprechenden Bestimmungen in den angelsächsischen Ländern überein und hat den Verkehr mit diesen Staaten, die als Hauptlieferanten von spaltbaren Materialien in Frage kommen, wesentlich erleichtert.<sup>2)</sup>

---

1) Hierzu Hahn, „Euratom . . .“, S. 1038.

2) Vgl. Ballreich, S. 51 und „Erläuterungen zu den Verträgen . . .“, Teil F—G, y 21, Bl. 14.

## C Ergebnisse

1. Es war eines der Hauptziele der Gründer der EAG, durch die Schaffung der neuen Gemeinschaft einen Beitrag zur Erweiterung und Vertiefung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der friedlichen Auswertung der Kernenergie zu leisten. Um ihren auswärtigen Aufgaben in sachdienlicher Weise gerecht werden zu können, ist die Gemeinschaft mit Völkerrechtssubjektivität ausgestattet worden. Diese wirkt gegenüber den Mitgliedstaaten sowie gegenüber denjenigen dritten Staaten, welche die EAG als Person des Völkerrechts anerkennen.
2. Die Regelung, welche die auswärtige Gewalt im EAG-Vertrag gefunden hat, läßt den Willen der vertragsschließenden Parteien erkennen, der Gemeinschaft eine lückenlose Kontrolle über die auswärtige Betätigung der Mitgliedstaaten, soweit sie den Anwendungsbereich des EAG-Vertrags berührt, zu übertragen und die Gemeinschaft für die grundlegende Gestaltung der internationalen Beziehungen in diesem Bereich allein maßgebend sein zu lassen. Der EAG stehen daher nicht nur eigene auswärtige Befugnisse zu — so insbesondere ein nur durch Ziel und Zweck des EAG-Vertrags begrenztes Vertragsschließungsrecht —, sondern sie ist auch zur Mitwirkung bei der Ausübung der den Mitgliedstaaten nach dem Vertrag auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie verbliebenen auswärtigen Gewalt berufen. Dieser Grundsatz des Vorrangs der Gemeinschaft und ihrer Ziele bei der Ausübung auswärtiger Gewalt auf dem Vertragsgebiet bildet ein Unterscheidungsmerkmal zwischen der EAG einerseits und der EGKS und der EWG andererseits.
3. Indem der EAG-Vertrag die Handhabung der auswärtigen Aufgaben der Gemeinschaft, insbesondere die Ausübung der ihr zustehenden formellen auswärtigen Gewalt, einem Organ überträgt, dessen Mitglieder nicht weisungsgebunden sind und das nur der begrenzten Kontrolle durch den Rat als einem Gemeinschaftsorgan unterliegt, eröffnet er den Weg für eine nach den Zielen der Gemeinschaft ausgerichtete, „supranationale“ Betätigung auf auswärtigem Gebiet, die sich von einem durch Koordinierung verschiedener nationaler Interessen getragenen gemeinsamen Vorgehen mehrerer selbständiger Staaten, wie es etwa in § 14 des Abkommens über die Übergangsbestimmungen vom 16. April 1951 vorgesehen ist, unterscheidet.

Der EAG-Vertrag ist bis jetzt das einzige im Rahmen der europäischen Integrationsbestrebungen geschaffene Vertragswerk, das sich verhältnismäßig ausführlich mit der auswärtigen Gewalt einer supranationalen Organisation befaßt. Dies geschieht vor allem in seinem Kapitel X. Eine Anzahl weiterer Bestimmungen in den übrigen Kapiteln des Vertrags ergänzen das Bild, das in vielen seiner Einzelheiten bundesstaatsähnliche Züge aufweist, so insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung der auswärtigen Gewalt der Gemeinschaft gegenüber den bei den Mitgliedstaaten verbliebenen auswärtigen Befugnissen. Auch die Regelung der auswärtigen Gewalt im EAG-Vertrag zeigt, welches Ziel das europäische Einigungswerk nach dem Willen der Gründer der Gemeinschaft anstreben soll.



## Lebenslauf

Am 8. August 1934 wurde ich in Worms am Rhein als Sohn des Fabrikanten Dr. jur. Karl Neundörfer und seiner Frau Leonie geb. Geiger geboren. Nach vierjähriger Volksschulzeit wurde ich im Herbst 1944 in die damalige Oberschule für Jungen in Bensheim a. d. Bergstrasse aufgenommen. Die letzten vier Schuljahre verbrachte ich im Kolleg St. Blasien/Hochschwarzwald, wo ich im Frühjahr 1953 die Reifeprüfung bestand. Anschließend studierte ich an den Universitäten in Innsbruck, München und Frankfurt am Main Rechtswissenschaft. Die erste juristische Staatsprüfung legte ich am 24. Juli 1957 in Frankfurt am Main ab. Am 21. November 1957 trat ich in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Hessen ein. Am 20. November 1961 bestand ich die zweite juristische Staatsprüfung.





